

Deutsche Bäcker- und Konditoren-Zeitung

Organ des Verbandes der Bäcker und Konditoren, Lebküchler, Arbeiter und Arbeiterinnen in der Kakes-, Zuckerwaren- und Schokoladen-Industrie

Verbandsmitglieder erhalten das Blatt unentgeltlich. Abonnement pro Quartal M.R. 2

Offizielles Organ der Zentral-Kranken- und Sterbe-Kasse der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Dresden), Lillienstraße Nr. 12

Insertionspreis pro dreigepflichtete Zeile 30 Pf., für Mitgliedschaften 20 Pf.

Zur Geschichte der „Deutschen Bäckerzeitung“.

Mit der heutigen Nummer erscheint unser Fachblatt in einem neuen Gewande.

Wir nehmen Abschied von dem alten uns so lieb gewordenenilde, mit dem wohl die meisten unserer Leser eng verbunden und innig vertraut gewesen. War doch die „Deutsche Bäckerzeitung“ viele Jahre hindurch die wackere Kampfesgefährtin, die allzeit treue Führerin in dem schweren Klingen um Erlösung der Bäckergegenden aus dem Sklavenjoch der Bäckerinnungen. Mutig stand sie in des Kampfes Wettern und Flammen, riss die Schlaftrigen aus ihrer lethargischen und befreite sie aus geistiger Knechtschaft. Neuen Mut flößte sie denen ein, die in der schweren, unbankbaren Aufklärungsarbeit verzagen und erlahmen wollten. In allen Stürmen eilte sie uns führen voran, mit leuchtender Fackel drang sie hinein in die dunkelsten Winkel innungsherrlicher Rückständigkeit, zum Entsezen der Bäckermeister, welche sie deshalb mit ihrem Haß wahllos nicht verschonten. Und der Erfolg dieser Aufklärungsarbeit ist nicht ausgeblieben! Mit schmetternden Fanfaren konnte unsere treue Gefährtin in den letzten Jahren über manchen herrlichen Sieg berichten. Es ist ihr gelungen, das Vollwert zünftlicher Anschauungen der Arbeitgeber zu erstürmen, um den Bäckergegenden eine natürliche Lebensweise zu verschaffen.

Der Abschied von unserer Gefährtin wird uns nicht schwer. Wissen wir doch, daß ihr Geist auch in Zukunft unter dem neuen Titel auf erweitertem Kampfesfelde wirken wird, zu Nutz und Frommen der gesamten Kollegenschaft und der allgemeinen Arbeiterbewegung.

Mit dem heutigen Tage ist ein neuer Abschnitt in der Geschichte unseres Fachblattes entstanden. Aus diesem Anlaß wollen wir kurz auf die einzelnen Episoden unseres Kampforgans eingehen.

23 Jahre sind vergangen, seit zum ersten Male in Deutschland eine „Bäckergegenden-Zeitung“ erschien. In einer Monatsversammlung am 13. März 1884 des damaligen „Vereins der Bäckergegenden Berlins zur Wahrung ihrer Interessen“ wurde vom Kollegen Hermann Weber der Antrag gestellt, ein Flugblatt zu verbreiten, damit der Verein größeren Aufschwung nehme. Dieser Antrag wurde vom Kollegen Pfeifer dahin erweitert, daß der Verein ein regelmäßiges Blatt herausgeben möge, um zunächst die geistige Verbindung unter allen vorwärtsstrebbenden Kollegen in Deutschland herzustellen. Dieser Antrag wurde abgelehnt. Nach diesem Resultat erklärte Pfeifer, auf eigene Hand ein Blatt gründen zu wollen; das einzige Mittel, eine starke einheitliche Organisation zu schaffen.

Das erste Fachblatt erschien am 3. April 1884 unter dem Titel „Der Bäcker“. 2000 Exemplare wurden nach 350 Städten versandt, um Abonnenten zu sammeln. Bis zum Erscheinen der zweiten Nummer waren jedoch nur 29 Abonnenten in Berlin — und 2 in Hamburg gewonnen. Diese Zahl erhöhte sich am Schlusse des ersten Quartals auf 188. Der in Dresden tagende Bäckerkongress — auf welchem auch die Gründung der Zentralkrankenkasse beschlossen wurde — bestimmte den „Bäcker“ als Kassenorgan. Von allen Delegierten wurden viele Abonnenten in Aussicht gestellt. Diese Hoffnungen erfüllten sich nicht, so daß der Herausgeber das Blatt nur noch in halber Größe erscheinen lassen konnte. Auf dem Bäckerkongress 1885, welcher am 5. und 6. Juni in Berlin tagte, wurde der Verband der Bäcker und Berufsgenossen Deutschlands gegründet und der „Bäcker“ als offizielles

Organ desselben ernannt. Auf diesem Kongress, sowie auf dem im selben Jahre stattfindenden in Leipzig, wurde lebhaft für den „Bäcker“ agitiert. Dieses hatte zur Folge, daß am 15. September 1885 das Blatt wieder in größerem Umfang erscheinen konnte. Nunmehr setzte ein steter Fortschritt ein, die Abonnentenzahl, welche am dritten Quartal 1886 auf 625 gestiegen war, gestaltete das Blatt lebensfähig. Der sechswöchige Hamburger Streik brachte wieder einen Rückschlag, die Zahl der Abonnenten sank von Quartal zu Quartal. Ein Eingehen des Organs wurde nur durch die geleisteten Zuflüsse des Verbandes verhindert. Da die Abonnentenzahl aber immer mehr schwand, erschien vom 10. Juli 1887 das bisher jede Woche herausgegebene Organ nur noch alle 14 Tage. Wenn auch die weitere Existenz des „Bäcker“ durch obigen Zufluss gesichert war, so war es doch nur ein Dahinvegetieren. Dass unter solchen Umständen das Organ nicht auf allen Gebieten seinen Platz stehen konnte, läßt sich leicht denken. Auf dem Kongress der Bäckergegenden Deutschlands, am 27. und 28. Juni 1889 in Berlin, besaß man sich eingehend mit dem Fachorgan.

Eine Resolution, das Fachorgan wie bisher alle 14 Tage, aber in doppelter Größe, unter dem Titel: „Deutsche Bäcker-Zeitung“, Organ der Bäckereiarbeiterschaft Deutschlands, erscheinen zu lassen, wurde einstimmig angenommen. Ferner sollte der Redakteur einer Geschäftsleitung (Preskommision) unterstellt werden, deren Entscheidung er sich in Streitfällen zu unterziehen hätte. Endlich wurde noch festgelegt, über welche Fragen das Fachblatt in Zukunft mindestens zu berichten habe. Nachdem der „Bäcker“ 229 mal erschienen, stellte er am 28. September 1889 seine Laufbahn ein, um am 9. November selbigen Jahres unter obigem Titel zu erscheinen. Die Erwartungen auf eine höhere Abonnentenzahl trafen nicht ein. Der verloren gegangene Berliner Streik mag dazu auch viel beigetragen haben, und so mußte am Schlusse des 2. Quartals 1890 die Beilage wieder in Wegfall kommen. Auf dem Altenburger Bäckerkongress im Jahre 1891 entspann sich wiederum ein ernster Kampf um das Organ, welcher als Ergebnis folgende Resolution zeigte:

„Das Fachorgan bleibt persönliches Eigentum des bisherigen Verlegers; derselbe verpflichtet sich, die etwaigen Nebenschüsse, sobald dieselben M. 120 monatlich übersteigen, zur Tilgung der Schulden desselben zur Hälfte (nächster ganz) an die Agitationskommission des Verbandes abzuführen und denselben Einsicht und Kontrolle über Einnahme und Ausgabe zu gestatten. Dagegen hat die Agitationskommission die moralische Pflicht, nach gebotiger Prüfung dem Herausgeber M. 120 Einkommen monatlich zu garantieren, damit derselbe in der Lage ist, das Blatt in der iesigen Größe jede Woche jenden zu können. Der Redakteur hat sich streng nach den Beschlüssen dieses Kongresses zu richten und an die sozialpolitischen Gesichtspunkte der Arbeiterpartei zu halten.“

Infolge des wöchentlichen Erscheinens erhöhte sich der Abonnentenstand auf 540.

Um auch in den Reihen der Fleischergesellen Aufklärung zu verbreiten, eröffnet Anfang des Jahres 1892 das Fachblatt wiederum unter einem neuen Titel: „Deutsche Bäcker- und Fleischer-Zeitung“, Organ aller in der Nahrungsmittelbranche beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen. Der erhöhte Erfolg blieb leider aus und konnte Anfang des dritten Quartals 1892 die Zeitung nur noch alle vierzehn Tage erscheinen.

Am 22. und 23. Mai 1893 fand in Hannover ein Kongress der in der Nahrungsmittelbranche beschäftigten Arbeiter statt, welcher sich im Prinzip für die Gründung eines Nahrungsmittelindustrie-Verbandes aussprach. Die notwendig werdende Zeitung sollte den Titel tragen: „Fachzeitung der in der Nahrungsmittelindustrie be-

beschäftigen Arbeiter und Arbeiterinnen“. Die Gründung dieses Verbandes wurde aber von einzelnen Verbänden abgelehnt.

1904 wurde das Fachblatt wiederum unter dem Titel: „Deutsche Bäckerzeitung“ herausgegeben. Am 24. März 1895 erschien die letzte Nummer des vom Kollegen Pfeifer auf eigene Kosten herausgegebenen Fachblattes. Die Generalversammlung des Verbandes am 18. und 19. Februar 1895 hatte beschlossen, das Fachorgan auf Kosten des Verbandes herzustellen und dasselbe unentgeltlich an die Mitglieder zu verabfolgen. Mit dieser obligatorischen Einführung hatte das Blatt seinen wichtigsten Abschnitt vollzogen. In diesem Jahre trat eine Änderung in der Redaktionsführung ein. Auf vorerwähnter Generalversammlung wurde Kollege Ullmann als Vorsitzender des Verbandes und Redakteur des Fachblattes gewählt. Unter dessen Regie erschien die erste Nummer am 6. April 1895. Zugleich wurde Hamburg als Sitz der Redaktion und des Verbandes bestimmt.

Wenn auch die Zeitung obligatorisch eingeführt war, bedurfte es dennoch einer tiefgründigen Agitation, um Abonnenten aus den Reihen der nicht zum Verband gehörenden Kollegen zu sammeln zur Deckung der Kosten des Organs, da die Mittel des Verbandes auch noch beschränkt waren. Mit schweren finanziellen Sorgen hatte das Organ zu kämpfen und etliche Kollegen prophezeiten schon ihren baldigen Eingang. Doch mutig, unter schweren Opfern, ging es durch alle Fahrniße hindurch. Am Schlusse desselben Jahres betrug die Auflage 2000, stieg langsam und hatte am Ende des Jahres 1898 die Zahl von 5000 Exemplaren erreicht. Auf der Generalversammlung in München 1899 wurde der wichtige Beschluss gefasst, die Zeitung wiederum wöchentlich erscheinen zu lassen. Dieses wurde vom 22. April ab ausgeführt. Wie immer unsere Organisation, mit ihr auch unsere Zeitung, durch Kampf gewachsen ist, so haben auch die im Jahre 1898 einzusetzenden Hamburger und Münchener (1899) Lohnkämpfe wesentlich dazu beigetragen. Unter den Kollegen setzte eine lebhafte Bewegung ein, und mit dem Wachsen des Verbandes machte auch das Fachblatt neue Fortschritte. Während des Hamburger Streiks 1898 wurde die Zeitung in einer Auflage von 6000 Exemplaren gedruckt. Am Schlusse des Jahres 1900 belief sich die Zahl auf 7600, 1904 auf 11000, 1906 auf 15000; diese Zahl wurde mit der Nr. 18 am 5. Mai 1906 zum ersten Male überschritten. Mit der heutigen Nummer erscheint die Zeitung in einer Auflage von 20000.

Bon jeher galt der Kampf dem Bevormundungssystem der Bäckerinnungen, Abschaffung des Fleischbuches — genannt „Germania-Arbeitsbuch“, Abschaffung des Kost- und Logiswehens und im wesentlichen der Verkürzung der Arbeitszeit. Mit dem Wechsel der Redaktion im Jahre 1895 erhielt die Zeitung einen weiteren Ausbau. Es galt nicht nur der Aufklärung der Kollegen, sondern auch der Weiterbildung durch wissenschaftliche Artikel sozialpolitischen und organisatorischen Inhalts. Die Entwicklung des Organs in neuerer Zeit ist genugsam bekannt und erübrigts es sich, näher darauf einzugehen. Die Verschmelzung des Konditoren- mit dem Bäckerverbande machte eine Änderung des Organs notwendig unter dem oben angeführten Titel. Getragen vom Geiste der Solidarität, hoffen wir, daß das Zusammenwirken ein erfreuliches sein wird. Die hühne Wahrheit, die unserem Blatte eigen, soll auch ferner ihr rauhes lied der Freiheit singen; grell und schaft wird sie auch ferner die Aus-

wilche des patriarchalischen Verhältnisses in unserem Gewerbe beleuchten und der Ausbeutungswillkür Trost bieten. Nutz wird sie alle Phrasen und berechnenden Lügen unserer Gegner bekämpfen.

Wie sich unser Blatt bisher als „Deutsche Bäderzeitung“ die Achtung ihrer Leser erworben, hoffen wir auch, das fernere Wohlwollen des erweiterten Leserkreises zu gewinnen. Auch unter dem Titel: „Deutsche Bäder- und Konditoren-Zeitung“ sei die Parole:

„Aurhol gestredt! Halt' ohne Zagen
zu alle dem, was recht und wahr!
Halt' immer dich an alte Sagen
Und zu der Dunkelmänner Schar.
Auch ferner hast du dem Lorenwahne,
Der freiem Denken Fesseln schlug.
Förm' unter Wissens gold'ner Fahne,
Sieb' nur, was wahr, hoff' allen Trug!“

Der Zusammenschluss der Verbände der Bäder und Konditoren zu einem gemeinsamen Verbande.

O. A. Nachdem im November des Jahres 1906 zwischen beiden Verbänden ein Kartellvertrag abgeschlossen worden war, kam im Verbande der Konditoren die Frage der Vereinigung mit dem Bäderverbande in Diskussion, und in ihrem Gegenorgan „Viene“ entspann sich eine sehr sächliche Diskussion, in welcher sich alle Teilnehmer an derselben für den Zusammenschluss erklärt.

Im Verbande der Bäder war diese Frage schon in demselben Sinne besprochen, denn der Verbandsstag 1903 in Dresden hatte folgenden Beschluss mit Einstimmigkeit gefasst: „Angesichts dessen, daß unsere Bäderverhältnisse mit denen der Konditoren immer mehr einheitlich werden und Trennungspunkte zwischen beiden Verbänden nicht mehr bemerkbar sind, hält der Verbandsstag ein Verschmelzen beider Verbände jederzeit für durchsetzbar. Sollten zu solcher Vereinigung die Konditoren geneigt sein, ohne daß größere Änderungen unserer Status notwendig werden, so ist der Verbandsvorstand berechtigt, dieselben zu vollziehen unter Übernahme der Beamtenten des Konditorenverbandes in unsere Organisation.“

Die Vorsände beider Verbände traten nunmehr am 2. März 1907 zu einer gemeinsamen Sitzung zusammen, in welcher die Grundzüge für den event. Zusammenschluß festgelegt wurden. Der 11. Verbandsstag des Bäderverbandes, der vom 10. bis 13. März 1907 in Kassel tagte, billigte einstimmig diese Grundzüge, und nun konnte am 21. März eine neue gemeinsame Sitzung der Vorsände beider Verbände die Vereinigung beschließen, welche im Konditorienverbande bis 25. März vorgenommen wurde. Dieselbe ergab bei allerdeutiger Beteiligung 708 Stimmen für den Zusammenschluß und nur 61 dagegen. Nahezu einstimmig war also in beiden Verbänden die Vereinigung beschlossen, welche somit am 1. Juli in Kraft getreten ist.

Durch uns zu den 13 425 Mitgliedern des Bäderverbandes (im Jahresablauf 1906; jetzt sind es dagegen circa 15 000) 2584 Mitglieder des Verbandes der Konditoren hinzugezogen. Dieser Zusammenschluß beider Verbände in den „Verband der Bäder, Konditoren und verwandten Berufsgenossen Deutschlands“ bedeutet einen wichtigen Schritt für die Organisationen der Arbeiter und Arbeitnehmer dieser Branchen! Hat die Organisation in diesen Branchen in den letzten Jahren schon bedeutende Fortschritte gemacht, so wird der Zusammenschluß bestimmt erhöhte Arbeitskraft räder den indifferenteren Arbeiterschichten und Menschen aus größerer Schleißrigkeit und Sicherheitlichkeit im Handeln bei den Kaufmannen bringen! Seine Branchen werden nun zusammenmarschiert und bereit die Gleichgültigkeit des Reichs ja wieder ihrer Mitarbeiter zu bannen suchen, wo es aus diejenigen organisierten Arbeitern, zu Klassenkämpfern zu machen!

Doch bei solch wichtigen Verbundenheit im Organisationsleben gegenwärtig ist es wohl einen langen Rückblick zu machen auf die 22 Jahre Dauer des „Schriften des Bäder und Konditorienverbandes“.

Langsam hat es geklappt, daß die Bädergenossen Deutschiands zu der Erfahrung kamen, daß sie von seiner Seite hilft, eine Verbesserung ihrer heutigen Lage zu erwarten können, sondern daß sie selbst mit dem Ende und sie, gegen darüber aus zu viel von ihnen, aber doch immerhin eine bestimmte Zahl, in dieser Freiheit gesonnen und freudig, das Gewissen ihres Selbstverständnisses, das Erdenmen ihres Fleischverstandes für sie ein ländliches Stützpunkt erkannt. Rende also die Gewissheit, mancher die erwartete Heilung in der Zukunft, in den Schicksalslinien, sowie in den Erscheinungsformen, den besser haben ausgesprochen wurde, daß sie ja immer noch so bestanden hatten und die einzige Lage der Arbeiters im Bädergewerbe auf die Langzeit sobleiben könnte, bei bestem Erfolg, aber auch nicht und die Arbeiters und Betriebsräte waren und in den letzten Jahren so bestanden wie eine ungewisse Zahl Gesellen für die Organisationen ausgesprochen hatte, merklich verloren zu seien.

Eine kleine Erörterung kann die Arbeiters und Betriebsräte in zweiter Gewerbe nach Jahrzehnten hinterher zu schweren Zeiten stellen und sich hierauf zu breiteren Schicksalslinien in den Bedürfnissen des Zwecks die große Erörterung, während in den Jahren ersteren keine begrenzte Aufmerksamkeit gewidmet, die Konditorienarbeiter erkannt, so bei diesen noch nicht im Bädergewerbe zu finden; hier kommt nach an den ersten, wo die genannten Fälle gezeigt werden, die längste Arbeitstage über nicht nur in den einzelnen Städten zu jeder einzelnen Branche eine Reihe Betriebe, in denen die Schichtarbeit nicht abwechselnd lange ist und doch ausgesprochen schlechte Arbeit geleistet werden, während in der Regel der Betrieb nach der unzureichenden Ausstattung

freiheit für die Arbeitgeber herrscht, die es öfters zu 100 bis 120 Stunden Arbeitzeit pro Woche bringt und dabei Arbeitslöhne gezahlt werden, für welche das Wort Lohn geradezu ein Hohn ist! Daneben finden wir sanitäre Nebenstände in den Arbeits- und Schlafräumen der Gehilfen noch in Hülle und Fülle. In enge, dumpfe Kellerlöcher oder dunkle Hintergebäude, in welche das ganze Jahr kein Sonnenstrahl, geschweige denn frische Luft dringt, und die Bädergehilfen heute noch zum großen Teil ein geschafft. Dort, in feuchter, mehlstaubgeschwängter Luft müssen sie Nacht für Nacht, ohne jede Unterbrechung, das ganze Jahr hindurch schlafen, dem prächtigsten Kapitalismus standen!

Weshalb aber noch heute in unserer so fortgeschrittenen Zeit diese Unordnung in den Arbeits- und Lohnbedingungen einer 100 000 Menschen zahlenden Arbeiterklasse?

Weshalb noch so viele sanitäre Nebenstände in den Arbeits- und Schlafräumen der Arbeiter, in Betrieben, wo eines der wichtigsten Vollnahrungsmittel, das Brot, hergestellt wird? Die Ursachen liegen Jahrzehnte zurück! Das Bädergewerbe ist eines derjenigen Gewerbe, in welchem erst seit wenigen Jahren die Technik und damit auch der Kapitalismus erfolgreich ihren Einzug gehalten.

Als Ende der 80er Jahre die Gewerbefreiheit in Deutschland ihren Einzug hielt, fand sie im Bäderberufe nichts als Miniaturlabrie und einen reaktionären, im Grundsatz verknöcherten Kleinmeisterstand vor. Die Gehilfen betrachteten ihre Gehilfenseite nur als kurzes Übergangsstadium aus der Lehrzeit in das Meisterleben, und demgemäß sahen auch ihre Vereine, ihre Bruderschaften aus.

Jede erste Anregung fehlte in diesen Bruderschaften, welche in die Almabim- und Bergmünzvereine ausgetreten waren. Ihren Hauptzweck sahen diese in Geburtsstagsfeiern der Mitglieder, in Paradeumzügen durch die Stadt mit dabei üblichen Hochs für die einzelnen Meister und in darauffolgenden Saufgelagen mit diesen zusammen. Harmonie mit der Meisterschaft, das war alle Zeit ihre Devise, und konnte es auch nicht anders sein, denn jeder dieser Vereinen hatte die einflussreichsten Meister als Ehrenmitglieder in seinen Reihen, welche dem Verein die eigentliche geistige Leitung waren.

Während in anderen Berufen die eigenlichen Anfänge der Gewerbeausbildung in die Gründerperiode anfangs der 70er Jahre fallen, dort schon in dieser Zeit versucht wurde, für die Arbeiter einen Teil des Nebenberufes infolge der außerordentlich günstigen Konjunktur durch Lohnbewegungen und Streiks zu erlangen, dachten die Bädergehilfen noch gar nicht ernstlich an die Verbesserung ihrer Lage.

Wohl haben auch wir in den Jahren 1870, 1872 und 1874 Streiks in einzelnen Großstädten Deutschlands zu verzeichnen, so in Berlin, Frankfurt a. M. und Hamburg, aber die Forderungen, die bei diesen Streiks aufgestellt wurden, zeugen davon, wie unendlich zurückgeblieben gegen andere Gewerbe die Verhältnisse der Gehilfen im Bäderberufe noch waren. So verlangten doch 1874 die Hamburger Gesellen unter anderen ähnlichen Forderungen von ihren Meistern, ihnen Messer, Gabel und Löffel zu den Mahlzeiten zu liefern! Diese Forderung ist sehr bezeichnend für die Achtung, welche in jener guten alten Zeit die Bädermeister ihren Gehilfen gezollt haben, denn wenn diese die Lieferung des notwendigen Geschäftsräts erzielt durch einen Streik erzwungen müssten, wie mag es da in der Behandlung derselben in anderer Beziehung seitens der Arbeitgeber ausgehen haben.

Die hier engedrehten Kämpfe waren sogenannte wilde Streiks, denen jede organisierte Grundlage fehlte. Von planmäßig geleiteter Organisation war ja überhaupt noch keine Spur vorhanden. Bloßlich hervorbrechende gewaltige Unzufriedenheit der Massen mit den bestehenden traumtigen Verhältnissen und schwere Ablehnung der Arbeitseinsicht seitens der Meister waren die Ursache dieser plötzlich austreibenden Streiks. Getragen von der Sympathie der Bevölkerung, wurden diese Kämpfe schnell gewonnen, aber ebenso schnell gingen zum größten Teil auch die errungenen Verdienstzonen wieder dahin; die Käfe ließ nach dem Streik aneinander, wie sie vor dem Streik zusammengekommen waren, es fehlte ihr jeder innere Zusammenhalt!

Meinterviel gelangte allmählich das Innungsweinen im Bädergewerbe Deutschlands wieder zu hoher Blüte; im Jahre 1874 bereits schlossen sich die deutschen Bädermeister zu dem „Germania“-Verband zusammen. Jetzt hatte auch eine ebenso starke Gehilfenorganisation vorhanden zu sein, welche den reaktionären Unterdrückungsgeführten dieses Innungsverbandes die Wage gesetzt hätte; aber deren fehlte jede Kraft, und so konnten sich dieser Verbandsherr in aller Freizüglichkeit und ungezügelt entledeln, konnte der Leitungszüchter zu immer grauerer Käfe verhelfen, die Arbeitserfüllung in fast allen Städten vollständig an sich reißen und dieselbe sich zu Käfereigungen „unformiger“ Gehilfen dienstbar machen, soweit daß den Herren irgendeiner Widerstand aus Gehilfenstreiken entgegengesetzt wurde, ja, die Gehilfen leisteten sogar in diesen gegen sie selbst gerichteten Schlägereien den Meistern Heilszerstörerrolle.

In dieser Periode der vollständigen Organisationslosigkeit und Widerstandsfähigkeit der Gehilfen trieb die Arbeiterschicht und Schleißrigkeit noch nie geistige Blüten. Neue Bädermeister traten wie Pilze aus der Erde hervor, und jedes neue Gesetz, jüngst dem Reichstag die Gewaltigkeit abzurücken durch Beschlüsse der Reichstags, Sonntagsgesetzen war. Der hierdurch entworfene Anstich im Verbande wurde auf den wirtschaftlich schwächeren Teil, auf die Gehilfen, in Form von Lohnzulagen oder Beschleißierung der Leistungsgabe abgewälzt. Da das nicht mehr leicht werden sollte, um den Verbandsmeister weiter unten zu machen, wurden die schon so willigen Gehilfen durch noch billigere Arbeitsschicht, durch Lehrlinge erzeugt. Dabei entstand eine Unterfüllung des Arbeitsmarktes mit Gehilfen, was wiederum dazu beitrug, die Gehilfen noch mehr zu drücken, schließlich aber auf auf der einen Seite bis 2 ringen weiter den jungen Gehilfen, sich selbständig zu machen, selbst eine Bäderrei zu errichten, bemerkte, wodurch die Unterfüllung der Städte mit Bädermeistern zu stande kam, deren Geselle und blandwütigere Gehilfen und Schleißrigkeiten mit deren notwendiges Ende Unterfüllungskräfte in großer Menge bildeten, auf

der anderen Seite war die Folge eine sich immer mehr vergrößernde Flucht älterer, und nicht der schlechtesten Gehilfen, aus dem Berufe; sie zogen es vor, lieber als Arbeiter in der Fabrik durch andere Arbeit ihr Brot zu verdienen, als in der Bäderrei zu sterben. So lagen die Verhältnisse im Bädergewerbe, als Ende der siebziger und im ersten Anfang der achtziger Jahre die Technik einen schüchternen Verzug machte, auch in diesem Berufe mit Leichtigkeit und schließlich auch mit Knetmaschinen und in der Folge mit Wehrleib- und Mischnmaschinen wie mit besser konstruierten Bäderöfen einzuziehen! Und getreu ihren verkappten, reaktionären Traditionen, versuchten die Innungen, diesen Einzug der technischen Hilfsmittel mit aller Macht zu hinterreiben, doch, wie vorzusagen, ohne jeden Erfolg. Allmählich entstanden einzelne primär eingerichtete Großbetriebe, denen bald technisch besser vervollkommenete Betriebe folgten; und durch diese mehr und mehr den Umsatz an sich reizenden kapitalistischen Großbetriebe wurden Hunderte kleiner Existenz unter den Bädermeistern vernichtet und den Gehilfen immer mehr die Möglichkeit ge raubt, sich selbst eine eigene Bäderrei zu errichten. Denn war dies früher leicht und mit wenigen Tälern möglich gewesen, so hatte, einesfalls die Entwicklung der Betriebsweise und anderthalb der sehr in Blüte geschossene Grund, und Bodenrücken in den Großstädten dafür gesorgt, daß heute schon ein anscheinliches Kapital dazu gehörte, sich eine kleinen Mann ernsthaften Bäderrei erwerben zu können. Über dieses erforderliche Kapital verfügten jedoch nur einzelne wenige Gehilfen; die Mehrzahl der Bädergesellen entstammt armen Arbeitersfamilien vom Lande und aus den ärmsten Gebirgsgegenden Deutschlands, und so sahen diese denn ein, die Verhältnisse zwangen sie zu dieser Einsicht, daß es Unsinn für sie als untermögliche Leute sei, ein eigenes Geschäft eröffnen zu können. Sie mußten zu der Überzeugung kommen, daß sie dazu verurteilt sind, zeitlebens sich als Arbeiter, als Gehilfe durchzuschlagen zu müssen. Wollten sie aber nicht von vorherein den Gedanken ganz aufgeben, im Berufe auch als ältere Gehilfe noch tätig sein zu können, ebenso auch zur Ernährung einer Familie im stande sein zu wollen, so mußten sie sich sagen: Entweder wir alle müssen in die Reihen der ungeliebten Arbeiter eintreten, müssen in der Fabrik oder als Handlanger im Baugewerbe unser Fortkommen suchen, oder wir müssen dafür eintreten, andere, geordnete Lohn- und Arbeitsbedingungen in unserem Berufe zu schaffen unter denen nicht bloß junge Leute tümmelhaft ihr Dasein fristen können, sondern auch ältere und verheiratete Kollegen durch ihrer Hände ehrliche Arbeit sich und ihre Familien auskönnlich ernähren können.

Nachdem im Jahre 1884 der Kollege Ernst Pfeiffer-Berlin auf eigenes Risiko ein Fachblatt für die Interessen der Bädergesellen Deutschlands, „Der Bäder“, herausgegeben begann, wurden noch im gleichen Jahre in Berlin und Hamburg Fachvereine der Bäder errichtet.

Zum 5. und 6. Juni 1885 war nach Berlin ein Kongress der Bädergesellen einberufen mit der Tagesordnung: 1. Generaldebatte über die Lage des Bädergewerbes und die Mittel zur Hebung derselben. 2. Ist die Gründung eines Centralverbandes der deutschen Bädergesellen notwendig? 3. Beratung der Statuten. 4. Anträge der Delegierten.

Bertreten waren durch Delegierte die Städte Altona, Berlin, Charlottenburg, Dresden, Elberfeld, Frankfurt a. M., Leipzig und Rothernau.

Nachdem bereits in der Sitzung am 5. Juni beschlossen war, eine Gesellengesellschaft für wandernde Kollegen zu gründen, wurde am 6. Juni die Gründung des Centralverbandes beschlossen und das Statut beraten, ebenfalls der Vorstand gewählt. Der Beitrag wurde auf monatlich 30 Pfest gesetzt. Am 7. Juli 1885 beschloß der „Verein zur Befreiung der Interessen der Bädergesellen Berlins“, sich in eine Mitgliedschaft des Verbandes umzuwandeln und hielt diese am 11. August ihre erste Mitgliederversammlung ab. Mit dem gleichen Beschluss folgte am 16. November 1885 der Fachverein der Bäder Hamburgs.

Ein Streik, der im August wegen seitens der Meister verhinderter Wiedereinführung der Sonntagsarbeit in Bremen ausgebrochen war und an dem sich 30 Mann beteiligten, verlief nach einigen Tagen ohne Erfolg.

Im Sommer 1886 gingen die Bogen in dem neuen Verbande bereits recht hoch. Die Unzufriedenheit mit den bestehenden traumtigen Lohn- und Arbeitsbedingungen, die größtmögliche Ausbeutung der Arbeitsträger eines jeden einzelnen für hohen Lohn hatte in Hamburg Altona die Unzufriedenheit der Gesellen auf die Spitze getrieben. In immenser Zahl schlossen sich dort die Kollegen dem Verbande an, so daß in kurzer Zeit die Mitgliedschaften 600 Mitgliederzählten. Eine Kommission wurde eingezogen, die Lohn- und Arbeitsverhältnisse, die Behandlung seitens der Meister, Belohnung und Wohnung der Gesellen zu untersuchen. Diese ermittelte einen Durchschnitt von 105 Arbeitsschichten pro Woche für 10 Lohn. Über die mangels kost und die schlechten Schlafzimmern wurden die Klagen immer stolmmer. Es wurden schließlich folgende Forderungen formuliert, die bis zum 25. August von den Meistern anerkannt sein sollten, andernfalls in den Streik getreten würde:

1. Zwölfstündige Arbeitszeit täglich, Anfang nicht vor 10 Uhr Abends.
2. Beginn der Sonntagsarbeit um 12 Uhr.
3. Die Konditoren ist nach Liebereinkunft zu zahlen.
4. Sonntagsarbeit acht Stunden, die zweite Bäderrei 10 L.
5. Nachbauen an Werktagen 1.50. Die zweite Reihe soll ausfallen, oder ist, wenn doch einmal geboten wird, mit 1.5 zu bezahlen.
6. Lohnherhöhung 25 vpt.
7. Braune Außenbäder bei drei Mann 50 L. und bei mehreren 20 L pro 100 Pfund.
8. Lohnzahlung regelmäßig Sonntags Morgens. (Vorher war es üblich, nur halbjährlich Lohn zu zahlen; dieser Modus ist durch den Streik bestätigt worden.)
9. jedem Gesellen sein eigenes Bett, Schrank mit Schloß und wöchentlich zwei Handtücher liefern.
10. Bürgerliches Essen.
11. Lehrlingsprüfung durch eine Kommission, in welcher auch Gesellen vertreten sind.
12. Die Meister haben die Gesellen durch das Speditionsbüro der Gesellen zu beziehen.

Die Forderungen erregten ungemeine Entrüstung bei den Meistern. Man glaubte, wenn man den Gesellen irgendwie entgegenkomme, daß sie verbummeln. Man sollte anstatt zuzulegen, noch abziehen. Eine unerhörte Frechheit liege in allen Forderungen. Auf jeden Fall müsse den Gesellen gezeigt werden, daß sich die Meister keine Vorschriften machen lassen, sondern daß sie vorläufig noch zu befehlen haben. Beuglich der Forderung ad 10 meinte man, daß die Gesellen wohl nächstens auch noch einen Menüzettel für die Woche ausarbeiten würden usw. Diese Forderungen wurden in Hamburg, Altona und Harburg erhoben. Die Hamburger und Altonaer Innungen lehnten rundweg alles ab, und nur in Harburg kam es zum Vergleich. Die Innungen setzten sich mit auswärtigen Innungen wegen der erforderlichen Unterstützung in Verbindung.

Am 26. August brach infolge der Haltung der Meister der Streit aus und circa 1000 Gesellen seierten. Das Streitkomitee bestand aus Stahl-Altona, Duus-Hamburg und Wins-Hamburg.

Es wurde beschlossen, daß die bei Witwen in Arbeit stehenden Gesellen weiter arbeiten dürfen, sie mußten aber die Hälfte ihres Lohnes an die Streitkasse abführen. Zu neuen Bedingungen Arbeitende hatten A 5 als Werkführer, A 4 als Badstubegeßelle und A 3 als jüngster Geselle wöchentlich an die Streitkasse abzuführen.

Am 28. August wurden 27 und am 1. September 45 Genehmigungen gemeldet, doch erfolgten bald daraus Widerufe. Die Arbeiterschaft und weite Kreise sympathisierten mit den Gesellen, und sah die Sache für diese anfänglich sehr günstig aus. Ein Brothoholt, der aber nicht durchgreifend organisiert war, erleichterte nur stellenweise die Kampfführung der Gesellen. Die Meister holten sich von allen Richtungen her die Streitbrecher waggonweise heran. Broträger, Geschäftslute und sonstige Arbeiter, die früher Bäder waren, wurden als Streitbrecher herangezogen, und selbst staatliche Staatsarbeiter versuchte man in die Badehube zu ziehen. Die bürgerliche Preise, und insbesondere das "Fremdenblatt", versuchte die Polizei gegen die Streikenden scharf zu machen. Zwischen wurde schließlich die Genossenschaftsseite diskutiert und vornehmlich durch den damaligen Staatsangehörigen-Berein gefordert. Man hoffte, durch eine große Genossenschaftsbäckerei die Meister in Sachen zu halten und Gewahrsame zu setzen. Schon zu Anfang September fingen zahlreiche Streikende an zu arbeiten und der Bokott schwächte ab, ferner erschwertes jetzt die Broträgervereinigungen sich offen auf die Seite der Meister stellten, die Bäckereien nach 14 Tagen mit zum Teil brauchbaren Kräften besetzten waren, die Bäcker gewerkschaft aber zu schwach und der Bokott nicht genügend organisiert war, so wurde die Stellung der Streikenden immer unhalbarer. Der Zugang von auswärtig wurde immer größer. Durch Verhandlungen, Bedrohungen und Polizeischläge verstanden es die Bäckermeister, sich Arbeitswillige in genügender Zahl zu verschaffen. Am 22. September seierten noch 880 Gesellen, während an diesem Tage nur 35 Betriebe in Hamburg und 32 in Altona als gerecht betrachtet werden konnten. Dazu kam noch, daß teilweise Unfähigkeit und Schwäche in der Streitleitung einheitliches Arbeiten unmöglich machten, und so beschloß denn am 5. Oktober eine von 400 Streikenden besuchte Versammlung, den Streit aufzuheben. In Streitunterstützung war jetzt kein Überfluss gewesen, die ledigen Kollegen hatten die erste Zeit gar nichts, dann zum Teil nur Nötige zum Mittagessen und Logisgeld, die Verheiteraten pro Woche A 10 erhalten.

Dieser so imposant ausgebrochene Streit war also für die Gehülfen trotz wochenlangem einigen Auskarten im Kampf unter den größten Entbehrungen bei mangelhafter Unterstützung verloren gegangen. Doch allgemeine Verbesserung der Löhne, Befreiung und Wohnung der Gehülfen war die Folge dieses Kampfes, und kann wohl behauptet werden, daß die Meister sich tatsächlich verantwohlten, die Forderungen 3, 5, 6, 7, 8 und 9 überall in ihren Betrieben durchzuführen. Doch diese allgemein erzielten Verbesserungen mußten die Führer und alle bekannten Streikenden schwer büßen. Durch schwarze Listen der ehrgeizigen Arbeitgeber, denen durch diesen Streit gewaltig der Hamm geschlossen war, wurden sie fortwährend gemacht und aus der Stadt binausgetrieben. Um eine Zukunftssicherung für die Gemeinschaften zu schaffen, wurde schließlich von der Arbeiterschaft im Winter 1887/88 eine Genossenschaftsbäckerei errichtet. Trotz dieses verloren gegangenen Streits und des daraus folgenden vorliegenden Vergehens der Innungsmeister gegen die Mitglieder des Verbandes konnte sich die Hamburger Mitgliedschaft aber immer auf ziemlicher Höhe halten und hatte in den folgenden Jahren stets 200 bis 300 Mitglieder. Der Organisationsgedanke hatte bei den Kollegen schon diese Wurzeln gelegt.

Im Herbst 1886 forderten die Dresdener Kollegen von den Meistern: Bessere Befreiung, Minimalwochenlohn von A 5 und für die verantwortlichen Posten entsprechend mehr, für Kollegen, die bei nichtgelernten Bäckern arbeiten, Lohnaufschlag von 33½ p. 100. Die Verhandlungen zogen sich bis kurz vor Weihnachten, die Meister bewilligten, und wurde am 11. Januar 1887 in einer gemeinsamen Meister- und Gesellenversammlung eine endgültige Einigung erzielt.

Am 5. Februar 1887 erschien im "Bäder" die erste Abrednung des Zentralverbandes seit seinem Bestehen (also für zirka 1½ Jahre). Dieselbe schließt mit A 1316,30 Einnahme, A 1224,26 Ausgabe und A 304,69 Kassenbestand einschließlich dem Saldo vom Vorjahr ab. Am 1. Juni 1887 trat in Frankfurt a. M. die erste Generalversammlung des Bäckerverbandes zusammen. Vertreten waren die Mitgliedschaften Berlin, Hamburg, Leipzig, Düsseldorf, Frankfurt a. M., Köln und Kiel. Wichtige Änderungen beschloß der Verbandstag nicht.

Am 23. Juni 1887 wurde seitens des Berliner Polizeipräsidiums dem Verband die Auflösung angedroht, wenn die beschlossene Statutenänderung, betreffend Meiseunterstützung, nicht beseitigt würde. Der Vorstand des Verbandes legte hiergegen Beschwerde beim Minister des Innern ein, aber ohne Erfolg, denn laut ministerieller Verfügung vom 8. Januar 1888 wurde die Beschwerde abgewiesen. Die Mehrzahl der Mitgliedschaften entschied sich dafür, die Meiseunterstützung fallen zu lassen, um den Verband zu erhalten. Demgemäß verfügte der Verbandsvorstand:

Im Laufe des Jahres 1888 beschäftigten sich unsere Kollegen vorwiegend mit der Frage der Genossenschaftsbäckerei! Das Fachorgan brachte eine Reihe Artikel hierüber; in Berlin und Hamburg beschäftigte man sich in vielen Versammlungen mit der Frage. Die anfangs des Jahres gegründete Hamburger Genossenschaftsbäckerei machte gewaltige Fortschritte, und auch in Berlin wurde eine solche errichtet. Außerdem wurde seitens des Redakteurs vom "Bäder" und Verbandsvorsitzenden Pfeifer und einer Anzahl Berliner und auswärtiger Verbandsmitglieder eine Genossenschaft "Vereinsbäckerei in Deutschland" mit dem Sitz in Berlin errichtet.

Im April 1889 veröffentlichte der "Bäder" die Abrechnung des Verbandes für die Jahre 1887 und 1888. Erstes hatte durchschnittlich 510 zahlende Mitglieder, Einnahme A 3359,95, Ausgabe A 3066,85, so daß ein Bestand von A 293,30 verblieb; letzteres weist 607 zahlende Mitglieder, Einnahme A 4036,64, Ausgabe A 3458,66 und einen Kassenbestand von A 577,98 auf. Folgende 16 Mitgliedschaften zählt die Abrechnung für 1888 auf: Altona, Düsseldorf, Berlin, Hamburg, Schwerin, Oldenburg, Köln a. Rh., Schleswig, Kiel, Frankfurt, Rostock, Bremen, Eberswalde, Mühlhausen i. Th., Bremen und Oschersleben.

Am 27. und 28. Juni 1889 tagte in Berlin ein Bäckerkongress, von der Berliner Mitgliedschaft einberufen, auf dem die Kollegen aus 18 Städten durch 23 Delegierte vertreten waren.

Die wichtigsten Beschlüsse dieser Konferenz lauteten:

- Der heute in Berlin tagende Kongress erklärt es für unabdingt notwendig, daß zur Erlangung möglichst günstiger Arbeits- und Lohnbedingungen eine starke Organisation gebildet werden muß, und hält der Konferenz die zentralisierte Organisation für die beste; wo indes zum Beitritt zu einer solchen durch Landesgesetze oder von Seiten der Behörde unüberwindliche Schwierigkeiten im Wege stehen, müssen lokale Organisationen gegründet werden. Als zentralisierte Organisation empfiehlt der Kongress den bereits bestehenden Verband der Bäder und Verfassungssoßen und fordert alle Bäckergeßelle, welchen der Beitritt zu einer zentralisierten Organisation möglich ist, auf, demselben beizutreten.

2. Durchdringung von der Überzeugung, daß die kapitalistische Produktion sowie die Konzentrierung des Kapitals auch im Bäckerbetriebe fortwährend mehr einreicht und infolgedessen es immer weniger Kollegen möglich wird, selbstständig zu werden, sowie in Anbetracht der traurigen Lage der Bäckergeßelle überhaupt, erklärt der Kongress es für unabdingt notwendig, daß eine Besserung der Arbeits- und Lohnverhältnisse der deutschen Bäckergeßelle mit allen geleglichen Mitteln angestrebt werde, und zwar derartig, daß es auch jedem Kollegen möglich ist, als Bäckerarbeiter seine Existenz den heutigen Verhältnissen entsprechend zu finden.

Als unabdingt notwendig erklärt der Kongress:

- Die Reduzierung der Arbeitszeit auf höchstens 12 Stunden durchschnittlich täglich.
- Der Lohn soll mindestens unter Bezug auf sämtlicher Naturalbezüge nicht unter A 15 pro Woche betragen.
- Die Abschaffung der Sonntagsarbeit hält der Kongress ebenfalls für möglich und soll auf dieselbe möglichst bingewirkt werden.
- Da den jetzt herrschenden Klassentümern nicht der Kongress ebenfalls einen Fehler und soll auch auf Befriedigung dieser hingewirkt werden. Im übrigen bleibt es der Gesellenchaft an jedem Orte überlassen, vornehmlich den örtlichen Verhältnissen anzupassen, und es ist Pflicht, sich bei einem Vorgehen gegenwärtig zu unterrichten. Jedoch hält es der Kongress vor allen Dingen für notwendig, starke Organisationen zur Durchführung obengenannter Forderungen ins Leben zu rufen.

Zerner wurde in einer Resolution von der Regierung verlangt, das Bäckergewerbe der Aufsicht und Kontrolle der Handelsinspektion zu unterstellen. Der Kongress wählte zwecks energischer Verreibung der Agitation eine "Gesellschaftsleitung der Bäder Deutschlands" mit dem Sitz in Hamburg.

Anlässlich an den Kongress stand die zweite Generalversammlung des Verbandes statt (29. Juni), auf welcher 10 Mitgliedschaften durch 11 Delegierte vertreten waren. Beschlüsse von Bedeutung wurden nicht gefasst. Der Beitrag und der Verstand bestanden weiter in derselben Weise und letzterer aus denselben Perioden wie bisher.

Am Juni 1889 hatten die Berliner Kollegen folgende Forderungen bei den Arbeitgebern eingereicht:

- Die Arbeitszeit beginnt Abends 10 Uhr und dauert bis 9 Uhr Vormittags, also 11 Stunden, des Sonntags nur 8 Stunden.
- Kost und Logis beim Meister wird abgeschafft.
- Der Werkmeister bekommt mindestens A 5, der Kneiter A 4, die weiteren Geßelle mindestens A 3 Lohn pro Tag.
- Keiner Meister darf nur einen Lehrling halten.
- Das Errecht und Herbergswesen ist nur durch die Gesellenchaft zu regeln.
- Das Rabatt und Auszugsmessen wird abgeschafft.

Am 11. Juli erklärte eine Versammlung den Generalkongress für alle Bäckereien Berlins und am 12. Juli beschloß die Streitversammlung, auch bei den Meistern, die die Forderungen bewilligt hatten, nicht eher die Arbeit aufzunehmen, bis alle bewilligt haben.

Einstimmig war von über 2000 Kollegen der Streit am 11. Juli beschlossen, aber bis 12. Juli waren schon wieder über 600 Mann als Streitbrecher in Arbeit gegangen. Meisterzöhne und Geßelle wurden aus der Provinz massenhaft als Streitbrecher herangeholt. Die Nachbarorte Spandau, Rixdorf, Weißensee schlossen sich dem

Streit an. Am 15. Juli beschloß die Versammlung den Stadtshinditus zur Vermittlung mit den Meistern anzurufen; doch verzögerten es die Meister, mit den Geßellen zu verhandeln. Die folgenden Tage war die Fahnenflucht der Streikenden eine allgemeine. Zum 22. Juli hatte ein Meister eine Meisterversammlung einberufen, die nur von ca. 60 Meistern besucht war. Diese verfiel während der Aufführungen des Streikleiters Hoppe der Auflösung, und nun hatte alles den Kopf verloren. Am 23. Juli beschloß eine Versammlung von 1400 Streikenden, die nun überflüssig waren, das Ende des Streits.

Die beiden Innungen, welche sich sonst befriedeten, hatten gegen die Geßellen gemeinsame Sache gemacht, und deren Leidern kannte nun keine Grenzen mehr. In einer öffentlichen Dankesagung schrieben sie: "Das Fiasko des Berliner Bäckerstreits wird hoffentlich auf lange Zeit hin ein warnendes und abschreckendes Beispiel für alle Streiklustigen bleiben!"

Die Innungen führten jetzt schwarze Listen und Maßregelungen waren an der Tagesordnung!

Am 1. August beschloß eine von 2000 Mann besuchte Berliner Versammlung schon wieder, neue Forderungen einzureichen, in denen man die Befestigung von Kost und Logis fallen ließ.

Die Verbandsleitung forderte jetzt die Kollegen aller Städte auf, Forderungen zu stellen.

Am 8. August wurde abermals wegen Nichtgenehmigung der neuen Forderungen der Streit beschlossen. Die Beteiligung der Kollegen war aber so gering, daß er gegen den ersten Streit die reinste Farce war! Am 20. August wurde auch dieser Streit resultlos beendet und Nulligkeit und Verwirrung zogen nun in Berlin ein.

In Dresden beschlossen am 27. August 800 vertrammelte Kollegen, wegen Nichtbereitstellung ihrer Forderungen die Arbeit niedergelegen. Eine Organisation war am Orte gar nicht vorhanden. Die Meister verhandelten einzeln mit ihren Geßellen, versprachen ihnen je A 1 bis 2 Lohnzulage und die Kollegen waren damit zufrieden und ließen so schnell wieder auseinander, als wie sie zusammen gekommen waren.

Etwas mehr Erfolg hatten die Kollegen in Leipzig und Frankfurt a. M.: dort gab man sich mit den Zugeständnissen der Meister zufrieden und wurde in beiden Städten eine bedeutende Lohnhöhung, bessere Kost und Abstellung mancher Nebelstände erreicht.

Am 15. September 1889 gab auf Anregung der Geschäftsleitung der Bäder Deutschlands der Reichstag abgeordnete Bebel Fragebogen zur Aufnahme einer Statistik an die Bäder heraus.

Am 1. Oktober 1889 wurde das Fachorgan "Bäder" umgewandelt in "Deutsche Bäder-Zeitung".

Am 1. September 1890 gab der Reichstag abgeordnete Bebel die Ergebnisse der aufgenommenen Statistik in der Broschüre: "Zur Lage der Arbeiter in den Bäckereien" heraus. Es waren infolge der Gleichgültigkeit derer, die es am meisten anging und zu deren Nutzen das Werk unternommen wurde, der Bäckerhelfen, nur verhältnismäßig sehr wenig beantwortete Fragebogen aus Deutschland eingegangen. Das Ergebnis der Statistik war: 32,2 p. 100 der Gehülfen hatten eine Arbeitszeit von 12 oder weniger Stunden täglich, in 48,5 p. 100 der Betriebe dauerte die Arbeitszeit 13 bis 15 Stunden, in 28,7 p. 100 der Betriebe 16 bis 20 oder mehr Stunden. Von 658 Betrieben, die über die Sonntagsarbeit Auskunft gegeben hatten, wurde in 2,8 p. 100 Sonntags nicht gearbeitet, in 15,3 p. 100 zwischen 4 und 10 Stunden, in 34,3 p. 100 zwischen 11 und 13 Stunden, in 27,9 p. 100 zwischen 14 und 15 Stunden, in 20,6 p. 100 zwischen 16 und 20 Stunden. In 48,5 p. 100 der befragten Bäckerbetriebe mußten also die Arbeiter des Sonntags, wenn in allen anderen Betrieben die Arbeit ruht, 14 bis 20 Stunden schließen.

Mußte diese Broschüre schon durch ihre zutreffenden Angaben über die Arbeitszeit, die doch in der Mehrzahl der Betriebe eine übermenschlich lange war, den Beweis liefern, daß es Pflicht des Staates sei, zum Schutz von Leben und Gesundheit dieser Arbeiterklasse einzuschreiten mit einem Gesetz zu vernünftigerer Beschränkung der übermäßigen Arbeitsspanne, so brachte anderseits dieses Werk durch seine Angaben über die massenhaften vorherrschenden sanitären Nebelstände in den Arbeits- und Schlafräumen der Arbeiter in den Bäckereien eine gewaltige Erregung unter das Publikum. Unter der Bevölkerung hatte man bisher das dem Auge der Öffentlichkeit entzogene Aussehen dieser Bäckerräume nach dem Aussehen der sauber, schön hergerichteten Bäckereien tagtäglich, und nun wurde durch dieses epochenmachende Werk der Schleier gelüftet über das Aussehen und die Beschaffenheit der dummen, dumpfigen Bäckereien. Hier bestätigte sich wieder das Wort aus A. Marx 30 Jahre früher von der Enquête unter deren Wirkungen unter dem englischen Publikum über die dortigen Verhältnisse der Bäckereien gesagt hatte: "Das Publikum wurde durch diese Zustände aufgebracht, nicht sein Herz, aber sein Magen sträubte sich gegen diese hässlichen Schmuzereien."

Wohl versuchten die Bäckerinnungen alles nur Denkbare, die Wirkung dieser Enthüllungen durch Anfeindung und Verleumdung des Verfassers herabzusetzen, was ihnen allerdings nicht gelang, vielmehr wurden in den folgenden Jahren durch lokale statistische Erhebungen der organisierten Gehülfen in München, Bremen, Berlin, Leipzig, Hamburg-Altona und Kiel die Angaben Bebels nicht nur bestätigt, sondern noch bedeutend übertrffen, je daß die Schmuzereien in den Bäckerbetrieben keineswegs sprichwörtlich wurden, wogegen alle Ablehnungsversuche der Innungsmaster nichts ausrichten konnten.

Satte Bebel schon in seiner Broschüre eine Begrenzung der überlangen Arbeitszeit als Hauptursache der sanitären Zustände und der Widerstandsfähigkeit der Bäckerarbeiter durch geistige Festigung einer Regimallarbeitszeit gefordert, so wurde in unzähligen Versammlungen der Bäckergeßelle von der Reichsregierung dasselbe verlangt.

Am 24. Juni 1891 trat in Altenburg der fünfte deutsche Bäckerkongress zusammen, auf dem 14 Städte durch 20 Delegierte vertreten waren. Der selbe beschloß folgende Resolution:

Der Kongress erklärt die Durchführung der vollen Sonntagsruhe im Bädergewerbe für vollkommen durchführbar und in Anbetracht der anstrengenden Tätigkeit unseres gesundheitsförderlichen Betriebes für unbedingt nötig und fordert alle Bäderarbeiter Deutschlands auf, bei ihrer Landespolizeibehörde dahin zu wirken, daß auf Grund des § 105 b der Gewerbeordnung, welcher am 1. April 1892 in Kraft tritt, die volle Sonntagsruhe in den Bäderbetrieben eingeführt wird, indem für den Bedarf an Lebensmitteln zum Sonntag an den Werktagen genügend Vorsorge getroffen werden kann.

In weiterer Erwähnung, daß durch die stattgefundenen statistischen Erhebungen, sowie durch die Situationsberichte aller anwesenden Delegierten erwiesen ist, daß in den meisten Bäderbetrieben eine tägliche Arbeitszeit von 14 bis 16 und sogar 18 Stunden und darüber üblich, spricht der Kongress die Erwartung aus, daß der Bundesrat die ihm nach § 120 Absatz 3 der Gewerbeordnung zustehende Beschluss in den Bäderbetrieben zur vollen Anwendung bringt, damit die tägliche Arbeitszeit nicht über 12 Stunden ausgedehnt werden kann.

Der Kongress beauftragte die Gesellschaftsleitung, der Regierung eine Denkschrift in diesem Sinne zu übermitteln. Ferner forderte der Kongress die Unterstellung der Bäderbetriebe unter die Aufsicht der Gewerbe-Inspektion.

Die an den Kongress anstehende (27. Juni) Generalversammlung beschäftigte sich in der Haupttheorie mit Unregelmäßigkeiten des abgelegten Hauptkassierers Hoppe in dessen Geschäftsführung.

Die Anträge aus einzelnen Mitgliedschaften auf Erhöhung der Beiträge und des Obligationen des Fachorgans wurden abgelehnt. Sitz des Vorstandes blieb Berlin und Hamburg Sitz der Kontrollkommission.

Am 1. Januar 1892 wurde das Fachorgan "Deutsche Bäder-Zeitung" abermals mit anderem Titel belegt, und zwar erschien es von nun an als "Deutsche Bäder- und Fleischer-Zeitung", um nach zwei Jahren, ab 1. Januar 1894, wieder als "Deutsche Bäder-Zeitung" zu erscheinen.

Im Januar 1892 reichte die Agitationskommission der Bäder Deutschlands (Sitz Hamburg) die von dem Altenburger Kongress beschlossene Denkschrift an den Bundesrat ein, in welcher dieser aufgefordert wurde, die zulässige tägliche Arbeitszeit für Bädergesellen auf zwölf Stunden, für Leitende aber länger zu bemessen. In einer Reihe Städte fanden nun Volks- und Bäderversammlungen statt, welche sich mit dem in der Denkschrift Geforderten einverstanden erklärten.

Der vom 14. bis 18. März 1892 in Halberstadt tagende Gewerkschaftskongress wuchs durch eine Resolution den Arbeitern in der Rohrungsmitteleindustrie Unterstützung in der Agitation zu. Durch eine besondere Abmachung beschlossen die Verbände der Arbeiter der Rohrungsmitteleindustrie, sich gegenwärtig in der Agitation und bei Lohnkämpfen zu unterstützen.

Am 15. April 1892 fand in Düsseldorf eine von 23 Delegierten bejubelte Sondertag von Rheinland-Westfalen statt, die Propaganda für die Organisation und für die in der Denkschrift enthaltenen Forderungen machte.

Die Kommission des Deutschen Reichstages für Arbeiterschutz, welche im Sommer 1892 gebildet war, veranlaßte im Herbst desselben Jahres eine durch die Polizeiorgane mittels Fragebogen vorgenommene Enquête über die Verhältnisse in den Bäderzonen. Das Resultat derselben bestätigte die Angaben des Befehls in seiner Ausschöpfung und demonstrierte die Notwendigkeit, den Reichstagler unter Lieferzeichnung des Materials zu erinnern, daß einer Reihe Städte Versammlungen der Reiter und Dienstboten der Geschäfte zur allgemeinen Verbündung vor die Kommission zu treten zur Erreichung der Zusage, mindestens für eine Einrichtung der täglichen Ruhestunde in den Bäderzonen ermöglichende Lage.

Am 14. Februar 1894 waren in Berlin als Auskunftsperioden 12 Vertreter der Bäderzonen und 12 Vertreter der Geschäfte aus den verschiedenen Gegenenden des Reiches vor die Kommission für Arbeiterschutz zur allgemeinen Versammlung. Aus den anhängigen Verhandlungen geht aus die Kommission die Überzeugung, daß es möglich ist die Arbeitsschafft in Bäderzonen und Geschäften auf einen Weg zu bringen.

Zum August 1894 erkannte dann die Kommission ihren Bereich an den Reichstagswahlkreis und schlug eine vom ihr ausgerichtete Petition zur Regelung der Lieferzeiten in Bäderzonen und Geschäften vor, der ja dann am 4. März 1895 der Bundesrat zustimmte und welche am 1. Juli 1895 in Kraft trat.

Die Folge der oben erwähnten Zusammensetzung der Verbände in der Rohrungsmitteleindustrie war ein zum 22. Mai 1895 nach Bamberg einberufener Kongress der Arbeiter dieser Branche. Zum ersten Mal wurde der Bäder- Fleischer- Architekten- Bildner- und Künstler- Bund 23 Delegierte vertreten, erzielten weitere nach einige Berichte der Presse vermerkt. Der kleine Verband (der Punkt) lag logisch in Bamberg auf, doch er die Verhandlung zu einem Schluß der Arbeiter der Rohrungsmitteleindustrie nicht erreichen konnte, auch der Vertreter der Bäderzonen verhinderte dies offiziell. Ein 20 gegen 2 Zusammenspiel jedoch der Verhandlung in einem jungen Verbande und gewaltige eines gemeinsamen Organs be-

schlossen. Das Statut wurde beraten und der Beitrag pro Monat auf 60,- festgesetzt. Mit 10 gegen 7 Stimmen wurde beschlossen, der Sitz solle in Berlin sein. Das sahen die Müller als eine Übereinstimmung an und ziemlich enttäuscht verließ alles den Kongress.

Die Verschmelzung sollte am 1. Januar 1894 in Kraft treten, wenn sich von den Mitgliedern die Mehrheit in der Urabstimmung dafür erklären würde. Die Mitglieder im Bäderverband zeigten jedoch gar kein Interesse an der Frage, und beteiligten sich nur vier Mitgliedschaften (zwei dafür und zwei dagegen) an der Urabstimmung. Die Verschmelzung war gescheitert.

Die an den Kongress anschließende Generalversammlung unseres Verbandes war nur durch acht Delegierte aus sieben Mitgliedschaften zusammengesetzt und fachte wichtige Beschlüsse nicht.

Im Sommer 1893 führten unsere Berliner Kollegen das Kontrollmarkenstück ein; ohne nennenswerte Erfolge verlor aber auch diese Neuerung bald im Sande.

Im März 1893 versuchte die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands zur Agitation unter den Arbeitern der Rohrungsmitteleindustrie nach 800 Städten entsprechende Flugblätter. Im Juni desselben Jahres sandte dann die Generalkommission 14 Agitatoren, darunter die Kollegen Jöp-Offenbach und Heber-Leipzig, ins Land, um die Arbeiter dieser Branchen aufzurütteln. Es wurde zwar eine große Anzahl neuer Mitglieder gewonnen, aber diesem Erfolge schließen dauernde Bestand.

Im Herbst 1894 erklärte der Hauptklassierer Witten bei einer unerwartet vorgenommenen Revision, daß ihm § 285 geziichtet worden seien. Als die Kontrollkommission in Hamburg davon unterrichtet wurde, sandte sie sofort zwei ihrer Mitglieder nach Berlin zur Revision. Diese leisteten den Klassierer ab, weil sie an die Dichtstahlsgeschichte nicht glaubten — wie recht sie damit hatten, geht daraus hervor, daß W. bis zum Verbandsstag davon § 150 an den Verband zurückgezahlt —, und beauftragten den Klassierer mit der Aufführung bis zur Generalversammlung. Auf ihr Treffen fand diese bereits am 18. und 19. Februar 1895 in Berlin statt.

Einen bedeutsamen Meilenstein in der Bäderbewegung und in der Entwicklung der Organisation bildet diese Generalversammlung. Von größerem Ruhm und traurigerer Hoffnungslosigkeit für die Zukunft sind wohl noch nie die Delegierten eines unserer Verbandstage beseelt gewesen, wie 1895 in Berlin.

In Berlin, am damaligen Sitz des Verbandsvorstandes, war seit 1889 die Organisation immer mehr zurückgegangen. Streitigkeiten und Zänkereien unter den Gründern zeiten ihr übrig, dazu kam noch die Unterdrückung seitens des Hauptklassierers in Berlin. Im ersten Quartal 1893 zählte der Verband noch 186 zahlende Mitglieder in ganz Deutschland. Er jämbele sagasagen nur noch in der Luft. Die Mitgliedschaft am Vororten zählte nur 14 Mitglieder. Diese traurigen Vorortenisse wie alle die Rücksicht bewogen auch die Berliner Mitgliedschaft dazu, den Antrag auf Auflösung des Verbandes zu stellen. Demgegenüber waren von Hamburg aus Anträge auf eine durchgreifende Neugründung des Verbandes gestellt. Einen ganzen Tag lang dauerte zunächst der Rodekampf um den Antrag auf Auflösung des Verbandes, der mit aller Energie von den Delegierten aus Hamburg, Altona, Kiel, Gera und Leipzig belädt wurde. Schließlich wurde gegen die Stimme von Berlin der Antrag abgelehnt. Der Verband blieb also bestehen.

Nun galt es, eine andere, jetzt fundierte Grundlage zu schaffen, auf der sich weiter arbeiten ließ, und wurde unter Ingenuidelegierung der Hamburger Anträge ein ganz neues Statut geschaffen. Statt der moralischen Beurteilung von § 29 wurde Wochenbeitrag von 15,- eingesetzt und beschloß, ein eigenes Fachorgan herauszugeben und dieses den Mitgliedern auf Verbandszonen zu liefern. Die Gegner dieser Neuerungen legten dem Verband ein jämbeles Ende unter diesen Verhältnissen vor. Doch es sollte anders kommen! Unter dieser jämperigen Verhältnissen und weil kein Rahmenhand, sondern Schuldenbörse waren, sollte keine Mitgliedschaft den Sitz des Verbandes übernehmen, und in Berlin fand die derselbe auf keinen Fall bleiben. Schließlich erklärten sich die Hamburger Delegierten dazu bereit, weil sich die Möglichkeit bot, das Fortbestehen des Verbandes an dieser Frage sicherzustellen. So kam am 1. April der Sitz des Verbandes nach Hamburg.

In Berlin gründete sich leider eine Sektororganisation. Zugleich erhielten einige befreite Mitglieder dort sofort wieder eine Klassierung. Unter den besten sozialistischen Verhältnissen, ohne Mittel und doch gezwungen, für die eingeführten Neuerungen viel Geld auszugeben, übernahm der neue Vorstand die Sitzierung des Verbandes. Da sprang die Generalkommission auf und bewilligte § 500 zur Aktion. Im Juli und August wurde vier Agitatoren ausgewählt, die Kollegen in den größeren Städten aufzurütteln. Einige neue Mitglieder waren der Erfolg dieser Agitation. Reichliches Agitatormaterial lag ja vor. Die Verhandlungen der Kommission für Arbeiterschutz, die Sondergruppe mit, dabei auch die sozialen Nebelzonen in den Bäderzonen hörten Stoff genug zur Agitation. Aber nach kurzer Zeit zeigte es sich, daß mit den getroffenen

Neuerungen im Verbande gut bewährt. Das obligatorisch eingeführte Organ "Deutsche Bäder-Zeitung" wurde eine wichtige Waffe, die Kollegen aufzurütteln, und wenn auch nur langsam, so kam doch das Vertrauen der Kollegen wieder zur Organisation, und dieselbe vermehrte und verbesserte sich zusehends.

Die Tätigkeit der Organisation in den nun folgenden zwölf Jahren ist noch frisch in aller Erinnerung, denn darüber ist wiederholt in den Publikationen der Organisation berichtet worden, so daß wir für diese Zeit tüchtigen Fortschrittes und Aufschwunges, seitdem die Hauptverwaltung der Organisation ihren Sitz in Hamburg hat, nur die nackten Zahlen in untenstehender Tabelle reden lassen wollen.

Daneben sei noch kurz der Bundesatzverbandung über die Regelung der Arbeitszeit in Bäderzonen und solchen Konditoreien, in denen auch Bäckwaren hergestellt werden, Erwähnung getan. Dieselbe erschien als das Ergebnis langer Beratungen und wiederholter Forderungen in Versammlungen und im deutschen Parlament am 4. März 1898 und erlangte am 1. Juli 1898 Gesetzeskraft. War auch die Einschränkung der Arbeitszeit auf 12 resp. 18 (wenn eine Stunde Pause dazwischen liegt) Stunden täglich nach unseren heutigen Begriffen nur eine recht geringfügige, so war es damals doch schon ein Erfolg der regen Tätigkeit der Organisation, und nun gilt es, für dieselbe mit aller Kraft einzusehen gegen den brutalen reaktionären Widerstand der organisierten Arbeitgeber, gegen dieses winzige bishen Arbeiterschutz, welche seit dieser Zeit permanent dagegen Sturm laufen. Und in dieser Kampfe gegen Rückständigkeit und Brutalität der Unternehmer gewann die Organisation zusehends an Boden und sie gewann auch die Sympathien der organisierten Arbeiterschaft und der breiten Öffentlichkeit bei allen ihren gewaltigen Kämpfen, um sich aus Jahrhundertelanger Knechtschaft zu befreien, die in den nun folgenden Kampfjahren unternommen werden mußten. Von diesen gewaltigen Kämpfen, in denen es sich darum handelte, vor allen Dingen das lästige System des Kosten- und Logistikweins beim Arbeitgeber zu beseitigen, sei nur der gewaltige dreizehnwöchige Kampf im Jahre 1898 in Hamburg-Altona-Wandsbek erwähnt, der zum ersten Male nach opferreichem Ringen dauernde Erfolge brachte. Dann an den vierwöchigen Streit im Frühjahr 1899 in München, im Jahre 1900 dann an den dreitägigen Streit in Frankfurt a. M. und im gleichen Jahre an den fünftägigen Streit der Großbäder in Hamburg-Altona, die mit vollständigem Erfolg beendet wurden. Dann nach einigen Jahren der Ruhe zur Zeit der wirtschaftlichen Krise an die gewaltigen Kämpfe vom Jahre 1904 in Altona-Büdelsdorf und an den erfolgreichen Kriegerstreit in Berlin und den Vororten. Welche Vorteile bei diesen gewaltigen Kämpfen an Verbesserungen der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die Kollegen in diesen Kampfzonen und den Nachbarstädten errungen wurden, wo die Arbeitgeber schon aus Furcht, daß auch in ihren Orten Lohnbewegungen entstehen könnten, Lohnzulagen und andere Verbesserungen gewährt, das läßt sich gar nicht in Zahlen andeuten.

Aus den Jahren 1905 und 1906, die Kampfjahre im wahren Sinne des Wortes waren, wollen wir zahlenmäßig aus den Kampfzonen nur die bedeutendsten Erfolge anführen!

Zum Jahre 1905 waren an den Lohnkämpfen 6681 Kollegen beteiligt. Von 48 Lohnkämpfen in 80 Orten wurden in 33 Fällen für 4705 Personen Tarife abgeschlossen. Für 1011 Kollegen wurde eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 881 Stunden und für 5408 Kollegen eine wöchentliche Lohnhöhung von § 986 erreicht; für 369 Kollegen wurde eine bessere oder überhaupt erst die Bezahlung der Nebenkosten erreicht; für 1219 Kollegen wurde das drückende System des Kosten- und Logistikweins oder zunächst nur die Kosten beim Meister befehligt.

Zum Jahre 1906 waren 12 599 Kollegen an den Lohnkämpfen beteiligt, das in ungefähr der jämpe Teil der Deutschland vorhandenen organisationsfähigen Kollegen und fast genau dieselbe Zahl, als unser Verband im Durchschnitt des Jahres Mitglieder zählte. Von 62 Lohnkämpfen in 198 Orten wurden in 42 Fällen für 9395 beteiligte Kollegen Tarife abgeschlossen. Für 6795 an den Lohnkämpfen beteiligte Kollegen wurde eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 20 115 Stunden erreicht; für 10 752 Kollegen § 20 169 wöchentliche Lohnhöhung und für 3248 Kollegen höhere Bezahlung der Nebenkosten. Für 3183 Kollegen wurde eine wöchentliche Arbeitszeitverkürzung von 20 115 Stunden erreicht; für 10 752 Kollegen § 20 169 wöchentliche Lohnhöhung und für 3248 Kollegen höhere Bezahlung der Nebenkosten. Für 366 Kollegen wurde zunächst die Kosten beim Meister befehligt.

Sind das schon ganz respektable Erfolge, so sind es doch immer nur die, welche man durch die Streikstatistik zahlenmäßig nachweisen kann, während ungemein schwierig ist, daß durch diese Kämpfe indirekt einer noch bedeutend größeren Zahl von Kollegen ganz bedeutende Lohnhöhung gebracht worden sind, weil eben auch in den den Kampfzonen benachbarten Städten die Meister Lohnhöhungen gewährten, und zwar aus Angst davor, daß sie sonst auch in diesen Städten Lohnkämpfe bekommen würden. Und wie

Sind das schon ganz respektable Erfolge, so sind es doch immer nur die, welche man durch die Streikstatistik zahlenmäßig nachweisen kann, während ungemein schwierig ist, daß durch diese Kämpfe indirekt einer noch bedeutend größeren Zahl von Kollegen ganz bedeutende Lohnhöhung gebracht worden sind, weil eben auch in den den Kampfzonen benachbarten Städten die Meister Lohnhöhungen gewährten, und zwar aus Angst davor, daß sie sonst auch in diesen Städten Lohnkämpfe bekommen würden. Und wie

Sind das schon ganz respektable Erfolge, so sind es doch

immer nur die, welche man durch die Streikstatistik zahlenmäßig nachweisen kann, während ungemein schwierig ist,

dass durch diese Kämpfe indirekt einer noch bedeutend

größeren Zahl von Kollegen ganz bedeutende Lohnhöhung

gebracht worden sind, weil eben auch in den den Kampfzonen

benachbarten Städten die Meister Lohnhöhungen gewährten,

und zwar aus Angst davor, daß sie sonst auch in diesen

Städten Lohnkämpfe bekommen würden. Und wie

Sind das schon ganz respektable Erfolge, so sind es doch

immer nur die, welche man durch die Streikstatistik zahlenmäßig nachweisen kann, während ungemein schwierig ist,

dass durch diese Kämpfe indirekt einer noch bedeutend

größeren Zahl von Kollegen ganz bedeutende Lohnhöhung

gebracht worden sind, weil eben auch in den den Kampfzonen

benachbarten Städten die Meister Lohnhöhungen gewährten,

und zwar aus Angst davor, daß sie sonst auch in diesen

Städten Lohnkämpfe bekommen würden. Und wie

Sind das schon ganz respektable Erfolge, so sind es doch

immer nur die, welche man durch die Streikstatistik zahlenmäßig nachweisen kann, während ungemein schwierig ist,

dass durch diese Kämpfe indirekt einer noch bedeutend

größeren Zahl von Kollegen ganz bedeutende Lohnhöhung

gebracht worden sind, weil eben auch in den den Kampfzonen

benachbarten Städten die Meister Lohnhöhungen gewährten,

und zwar aus Angst davor, daß sie sonst auch in diesen

Städten Lohnkämpfe bekommen würden. Und wie

Sind das schon ganz respektable Erfolge, so sind es doch

immer nur die, welche man durch die Streikstatistik zahlenmäßig nachweisen kann, während ungemein schwierig ist,

dass durch diese Kämpfe indirekt einer noch bedeutend

größeren Zahl von Kollegen ganz bedeutende Lohnhöhung

gebracht worden sind, weil eben auch in den den Kampfzonen

benachbarten Städten die Meister Lohnhöhungen gewährten,

und zwar aus Angst davor, daß sie sonst auch in diesen

Städten Lohnkämpfe bekommen würden. Und wie

Sind das schon ganz respektable Erfolge, so sind es doch

immer nur die, welche man durch die Streikstatistik zahlenmäßig nachweisen kann, während ungemein schwierig ist,

dass durch diese Kämpfe indirekt einer noch bedeutend

größeren Zahl von Kollegen ganz bedeutende Lohnhöhung

gebracht worden sind, weil eben auch in den den Kampfzonen

benachbarten Städten die Meister Lohnhöhungen gewährten,

und zwar aus Angst davor, daß sie sonst auch in diesen

Städten Lohnkämpfe bekommen würden. Und wie

Sind das schon ganz respektable Erfolge, so sind es doch

in der Lohnfrage für an den Kämpfen unbeteiligte Kollegen bedeutende Vorteile errungen wurden, genau in demselben Verhältnis wirkten die Lohnkämpfe ein auf die Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen (Sozialtagesschreie und Maximalarbeitszeit) und in noch weit größerem Maße tragen sie bei zur Ausrottung der Bäckereimühlen und Illsauberkeiten in unseren Werkstätten! Also nicht nur für die große Zahl der in den Lohnkämpfen stehenden Kollegen, nein, noch für eine viel größere Zahl unbeteigter sind bedeutende Vorteile errungen und ebenfalls auch für das brotsummierende Büstum durch Ausrottung der Schmarotzer in so vielen Bäckereien.

Und auch in diesem Jahre sind trotz der Machinationen der Arbeitgeber, die zu ihrer Schutztruppe sich mit ihrem Gelde eine gelbe Streitbrechergesellschaft großgezappelt haben, um uns in unserem Vordringen zur Verbesserung unserer Lage zu hindern, wieder erfreuliche Erfolge bei den Lohnkämpfen erzielt worden, und noch stehen wir mitten drin in der Kampfperiode, die sich wohl wie in Vorjahren wieder bis spät in den Herbst hinein ausdehnen wird!

So steht also bei der Verschmelzung trotz der wüsstesten Machinationen der Arbeitgeber und deren Helferhelfer unser Deutscher Bäckerverband als ein rüstiger Jungling da, voller Mut und Entschlossenheit, um seinen Mitgliedern das zu erringen, was ihnen Jahrhundertelang vorerthalten wurde von den prozigen Ausbeutern!

Mit Freuden schließen wir uns mit dem jüngeren Bruder, mit dem Verbande der Konditoren, zu einer gemeinsamen Organisation zusammen in dem festen Bewußtsein, neu gestärkt und geträgt durch diesen Zusammenschluß nun weiter rüstig arbeiten zu können an dem Befreiungsweke der Bäcker, Konditoren und der Arbeiter und Arbeiterinnen der verwandten Branchen!

Pflicht der alten, kampferprobten Mitglieder des Bäckerverbandes ist es nicht nur, sich jetzt zu geben, nun energisch weiter die Aufläufungsarbeit unter den leider uns in noch großer Zahl fernstehenden Bäckergesellen zu betreiben und unter ihnen neue Kämpfer für unseren Verband zu werben, nein, es gilt, auch unter den neu gewonnenen Brüdern, unter den Konditoren, wie in den Zuckerwaren- und Schokoladenfabriken unter dem gefleckten Proletariat energische Agitation zu betreiben und die Arbeiter und Arbeiterinnen in diesen Werkstätten und Fabriken dem gemeinsamen Verband als treue Mitkämpfer zuzuführen. Feuer in die Herzen und Mut und Energie in die Köpfe unserer Mitglieder zu ihrer wichtigen Pionierarbeit, um den ausgemergelten Sillaben in unseren Branchen das Evangelium der Selbsthilfe zu predigen!

Bergangenheit und Zukunft des Verbandes der Konditoren und verwandten Berufe.

Den Untergrund jeder auf den Boden des Klassenbewußtseins stehenden Organisation bildet die Erkenntnis der Mitglieder, daß alle jenseits, welche herrschende Gewalten der Arbeiterklasse schmiedeten, nur durch die eigene Kraft, d. h. durch einheitliches Zusammenwirken der proletarischen Organisationen, besiegt werden können. Je näher eine Berufsgruppe dieser Erkenntnis steht, um so leichter wird sie der Organisation zu gewinnen sein. Einer solchen Einheit ist aber der einzelne erst dann zugängig, wenn er die jenseits fühlt; wenn er empfindet, daß er geachtet ist, wenn er weiß, daß man ihm Rechte und Güter vorenthält. Gelingt es, einen großen Teil der Angehörigen eines bestimmten Berufes in Zuständigkeit mit dem, was ist, zu erhalten, so wird eine solche Gruppe ernster organisatorischer Arbeit hartrückigen Widerstand leisten.

Zu den Branchen, deren Verhältnisse so gelagert sind, daß eine große Beeinträchtigung der Organisationsaktivität möglich war und zum Teil noch ist, gehört die unterste — die der Konditoren. Die Überwindung dieser Widerstände kostete uns mehr Mühe als den meisten anderen Berufen und resultierte hieraus der langsame Aufbau unseres Verbandes. Er war um so schwieriger, je strenger Widerstände an andere Richtungen ablehnten. Wir traten es heute am Wendepunkte der Form unseres Verbandes, ruhig und gewiß aus, daß wir jederzeit unsere Fäuste getan haben. Und wenn ancheinend oft vorgebracht wird, daß wir gebrochen wurden — die feste Zuversicht in den letzten Sieg überwand alle Schwierigkeiten; es ging doch vorwärts. Die Positionen, welche wir uns gesetzt, kann uns heute keine Macht wieder entziehen oder zerstören. Das sind wir sicher!

Wenn wir jetzt den Entschluß faßten, mit den nächststehenden Arbeitsbrüdern ein unlöbares Bündnis einzugehen, so war der Anlaß hierzu keineswegs die Sorge, ob es nicht gelingen würde, unsere Anerkennung von den Schokoladenfürsten und Backstabbenbaronen früher oder später zu erkämpfen, sondern es war die Erwagung vorzuhängen, daß unbedingt eine bedeutende allgemeine Errichtung dieses Ziels durch die Verbindung garantiiert werde. Den Verband auf eine höhere Basis zu stellen, ihm günstigere Entfaltungsmöglichkeiten zu schaffen — dies haben wir für unsere Pflicht gehalten, obgleich wir wußten, daß er auch alleinstehend Arbeitshelden finden und seine Blüte entgegengetrieben würde, so lange unsere Industrie selber nicht verdorrt. Wir haben der Organisation eine höhere Form.

Um so ratsamer wurde dieser Schritt freilich, weil auch die Unternehmer der Nahrungsmittelbranche nunmehr Koalitionen großzügig ausbauten (in einer Großzügigkeit, welche kein Staatsanwalt zu unterbinden sucht) und durch das Gewicht ihrer Geldsäcke alle Arbeiterverbindungen, die nicht gelb oder blau angestrichen sind, zur Erde drücken möchten. Dies Scharfmachertum weckte in uns anfeuernd, alle hier und da noch vorhandenen Gedanken, schon im jetzigen Stadium die Verschmelzung zu vollziehen, zurückzustellen. Es zeigte sich nur vereinzelt einzigartiger Widerpruch — ein großer Teil der Mitglieder verzweigte im Gegenteil energisch für weitergehende Versorgungspläne. Der notwendige Unterbau war da, dem

Druck zur Konzentration der Kräfte konnte folge gegeben werden.

Unsere eigentümlichen Berufsverhältnisse und ihre Entwicklung müssen an dieser Stelle mit einigen Strichen gezeichnet werden.

Die „Süße Kunst“ ist in ihren meisten Zweigen jungen Datums. Sie bildet keinen in festem Rahmen erstarnten Beruf und duldet alle nur denkbaren Betriebsformen. Neben riesigen Aktiengesellschaften mit Tausenden von fleischigen Händen und Millionenumjäcken (im größten dieser Ausbeutungsinstitute sah bis zu seinem Aufstieg in die Kolonialverwaltung der seither sattsam bekannte Herr Bernhardt Dernburg — ein Beweis, welche Verbindungen unsere Schokoladenbäckermänner zu knüpfen wissen!) finden wir noch Mittel- und Zwergfabriken sowie rein handwerkliche Betriebe, welche eine sehr bedeutende Rolle spielen. Später, dann aber in kürzerem Zeitraum als in anderen Gewerben und mit wahrhaft revolutionärer Energie schaffte die Großproduktion sich Raum, eroberte fortgesetzt Absatzgebiete, zog neue Artikel in ihren Bereich, machte aus einer reinen Genussmittelbranche einen volkswirtschaftlich und wissenschaftlich bedeutenden Zweig der Nahrungsmittelindustrie. Und doch sehen wir, daß die Sonderart einiger Spezialitäten noch den kleinsten „Unternehmern“ Gewinn verspricht, und daß die früher allgemeine Betriebsform, die „reine“ sowohl als die mit Bäckerei verbundene Konditorei als „ehrhaftes Handwerk“ ihr Daseinsrecht zunächst immer noch nachweisen kann. Und selbsterklärendlich konserviert letzteres obendrein die allerrüdigsten Arbeitsbedingungen; die Schönheiten des Patriarchalismus sind erst in den letzten Jahren in den Großbäckstüben der Hauptstädte etwas verschwunden worden, weil die Kraftmaschine und Arbeitsteilung auch dort sich eingang verschaffte.

Diese vielfältige Trennung der Betriebsweise wäre aber nicht von so weitgehend ungünstigem Einfluß auf die zahlreiche Entwicklung des Verbandes gewesen, wenn damit auch eine größere Scheidung der Arbeiterkategorien selbst eingetreten wäre.

Unsere Arbeitermassen in den Fabriken boten doch ancheinend genau dasselbe günstige Angriffsfeld für Kampfesorganisationen wie diejenigen anderer Berufe. Das war aber deshalb nicht zutreffend, weil der im Bäckergeschäft großgewordene „gelehrte Konditor“ auf lange ein notwendiger Mitarbeiter auch in der Fabrik blieb. Anfänglich konnte er ausschließlich aus der Bäckstube genommen werden und selbst heute noch wird er besonders in der Saison zu einem wesentlichen Teil von dort ergänzt. Das ist für uns eine Bewegung von großer Einfluß gewesen. Diese Kollegen sind meist in einem anderen Milieu groß geworden, als das übrige Fabrikpersonal und wollen vielfach als alles andere aber nicht als Arbeitsbrüder angesehen und behandelt werden. Auch sie sind ja das Produkt ihrer Verhältnisse und wissen nicht, was sie tun! Der Nachwuchs rekrutiert sich nur ausnahmsweise aus den Kreisen des handwerkenden Proletariats — das Groß kommt aus den mittleren forschritteinfließendsten Schichten der Bourgeoisie. Deren Instinkte sind es, welche jedes einzelne Individuum beherrschten und erfüllen, wenn es vom Schädel, d. h. den ökonomischen Gewalten unserer gottgewollten Weltordnung, gehörig gebeutelt worden ist.

Eine einzige Sparte kann auf eine gewisse Vergangenheit als Arbeitergruppe zurückblicken. Es sind dies die Arbeiter der Leb- und Honigbuchenbranche, die schon vor langen Zeiten in zunehmender Form ihre besetzlichen Interessen zu vertreten suchten. Sie bildeten schon im Mittelalter Gesellschaften, weil das Gewerbe damals bereits ein geschlossenes Ganze war und einen gewissen Höhepunkt erreicht hatte; vor den Ritterbürgern standen die Honigbäcker die frommen Besucher der Messe, nach dem Genuss der Himmelsspeise etwas schmachaftes in den Leib zu stopfen und stand dabei seine Rechnung.

Aber abgesehen von dieser Ausnahme, konnte bei uns von keinem Arbeiterstamm gesprochen werden. Die Konditorei als solche ist erst im Laufe des 18. Jahrhunderts und später aus einer Mischung der Bäckerküche mit der Wein- und Butterbäckerei sowohl schweizerischen Ursprungs, aus der französischen Konditorei, der italienischen Candierenherstellung usw. entstanden und zeigt sehr früh, am Anfang des 19. Jahrhunderts erst, einigermaßen beschränkte Grenzen. Dann gesellten in den nächsten Jahrzehnten sich nach und nach die heutigen Marzipan-, Bonbons-, Laborator-, Dragee-, Schokolad- und Cacao-Spezialitäten hinzu, die jetzt ihren Herstellern meist vom Auslande entwenderten. So finden wir schließlich im dritten Viertel des vorigen Jahrhunderts das Geist- und Besitzungsgefecht in seiner Verbindung mit allen Branchen unserer heutigen Fabriken — es hatte sich ein besonderer deutscher Charakter des Gewerbes herausgebildet. Viele glaubten damals, diese Zusammenfassung werde bestehen haben. Wenigstens hofften dies die Meister, welche auf ihre Besitztugenden nicht wenig stolz waren, für ihre „Kunst“ schweres Lebtag forderten und so dem Proletariat den Eintritt wehnten. In diesen Jahren wurde die duret so lächerlich-komisch wirkende „Standesehr“ berangezüchtet. Die Auseinandersetzung der Spezialbranchen kam aber, sobald der Konsulat und Kaufmann die Rentabilität und Ausbaufähigkeit der einzelnen Zweige erkannte. Ihnen kurzum arbeitete der Maschinenkonstruktore mit Hochdruck — die Großfabrikation setzte ein! Und der bleiche Jünger der Kunst wanderte aus der Bäckstube in den Fabrikssaal, nahm aber seine „Standesehr“, seine Unwissenheit in allen sozialen Fragen mit, warf seine ganze kürzlichste Beschränktheit wie Medaille auf unsere Agitationstätigkeit. Er schwante zunächst in heilloser Angst, mit einem „ungelehrten Fabrikarbeiter verwechselt zu werden! In ihm, besonders der Arbeiterin, welche schnell zum Hauptfaktor im Produktionsprozeß wurde und die ihn in mancher Handarbeit bald überflügelte, sah er nur die unbequeme Konkurrenz. Mit der Kollegin glaubte er wohl vorübergehend sich kontubinieren aber bei Leibe nicht koalieren zu dürfen. Sie verdiente nach seiner Meinung eigentlich noch viel zu viel, denn er selbst wurde nur dann gut entlohnt, wenn er über besondere Fähigkeiten verfügte; der „Bäcker ist eine und anständige Mensch“, der vom Bäckergeschäft her an

„Familienanschluß“ gewöhnt war, wurde vom Fabrikanten natürlich befreit und abgefunden. Das genierte aber nicht groß, denn die Rückflucht in die Bäckstube, wo man auch ohne Geld nicht gerade zu verhungern brauchte, stand ja offen und im übrigen rechnete man mit der Eltern Beutei und auf baldige Selbständigkeit.

Wir mußten im Hinblick auf die nun mehr gemeinsame Arbeit unserer neuen Verbündeten, welche selbst mit Rückständigkeiten anderer Natur zu kämpfen und reichlich zu tun hatten, die Quelle der Schwierigkeiten unserer Organisation zeigen. Durch die fortschreitende Umwälzung der Produktionsverhältnisse ist es von Jahr zu Jahr entschieden besser geworden, aber noch heute sind die 15 v. p. „Gelernte“, welche ungefähr in jeder Fabrik in Betracht kommen, weit über ihre geringe Zahlensetzung hinaus bei jeder Lohnbewegung in gewissenhaften Berechnung zu stellen. Es ergibt sich hieraus, daß wir bei der Agitation zwar spezialisiert müssen, aber keine Kategorie in der Organisation zurückstellen dürfen. Dies die allgemeine Berufssituation.

Ihre Buntchèdigkeit spiegelte sich auch immer im Vereinsleben unserer Kollegenschaft ab. Wir können uns im folgenden an den „Rückblick“ halten, welchen unser Verbandsvorstand anlässlich des 5. (Berliner) Verbands-tages 1902 herausgab. Schon dort sind in der Einleitung die Zustände treffend geschildert. Es heißt da:

„Es gibt keine Berufsclasse im Deutschen Reich, welche mit der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Gewerbes und der Industrie so wenig Schritt gehalten hat wie die Kollegen in unserem Berufe. Auch findet man unter einer anderen Berufsclasse keine so obige Vereinsmeierei, welche an Überhebung gegenüber anderen Berufen an Teilnahmlosigkeit gegenüber den Bestrebungen, die wirtschaftliche Lage zu verbessern, so glänzendes leistet, wie die Konditoren. Diese Lust, trotz der miserablen Lohn- und Arbeitsverhältnisse was „Besseres“ zu scheinen als wie Arbeiter, dieser Dinkel, welcher in Vereinen und Vereinchen mit am eifrigsten kultiviert wird, trägt mit am meisten die Schuld, daß ernsthafte Bestrebungen so wenig Anklang in Kollegentreffen finden.“

Die ersten Pioniere einer modernen Centralorganisation für unsere Branche traten in den Jahren 1888/91 in Hamburg auf den Plan. Sie fanden in allen größeren Städten ziemlich stark entwickelte Gehülfenvereine vor, die in völliger Harmonie mit den „Herrn Chefs“ sich eines lustigen und ziellosen Daseins erfreuten; sie fanden den heute als jugendlichen Kreis hinschleichenden H.-D. Gewerbeverein in den Windeln liegend, aber ziemlich kräftig vor und sie fanden die von ersten Organisationsbestrebungen gleichfalls noch unbeteiligten Arbeiter und Arbeiterinnen in den Fabriken. Für unsere Ziele vorbereitete Kollegen fanden sie nur in Nürnberg im Fachverein der Konditoren und Bäckerküchen, die dann auch bereits 1890 einen, allerdings erfolglosen Streit selbstständig führten.

Die Hamburger, angeregt durch die gegen Ende des Sozialistengesetzes lebhaft einsetzende gewerkschaftliche Tätigkeit, erkannten die Wertlosigkeit des dortigen „Hamburg-Altonaer Konditorgehülfenvereins“ und gründeten zunächst 1888 einen, der sich in seinen beachtlichen Leistungen den Buchdrucker-verband als Vorbild nahm. Da aber 1889 die „Hirsche“ gleichfalls in Hamburg Fuß fassten und einen Teil des neuen Vereins dort mit hineinzogen, gelang es, alle Mitglieder schließlich in den Gewerbeverein überzuführen. Auch in anderen Städten war es in diesen Jahren etwas lebendiger unter den Gehülfen geworden, und als in dreijähriger Täufigkeit die „Herrn Chefs“ so weit gingen, in Dresden laut Innungsbeschluß eine ganz gefürchtete Werkstattordnung einführen zu wollen, rebellierten die Weißjackett denn doch. Im Oktober 1890 tagten zu Mainz die Vereine Frankfurt, Wiesbaden, Mainz und nahmen einstimmig folgende Resolution an:

„Die am 19. Oktober in Mainz versammelten Mitglieder der Konditorgehülfenvereine Frankfurt, Mainz und Wiesbaden bedauern die Einführung einer „Werkstattordnung“ seitens der Dresdener Innung, erklärten diese Werkstattordnung als eine durch nichts gerechtfertigte Verordnung der gesamten Gehülfenschaft und verpflichten sich deshalb sämtliche Anwesende, bei keinem der Brüderpole, welche die Werkstattordnung eingeführt haben, in Stellung zu treten. Ferner spricht die Versammlung die Erwartung aus, daß sich sämtliche in Deutschland befindenden Konditorgehülfenvereine dieser Erklärung anschließen.“

Man ging in dieser Versammlung aber noch weiter. Der Gedanke eines Verbandes außerhalb des Gewerbevereins kam zum Ausdruck und es wurde dann folgender Entschluß mit dem Versammlungsbericht an alle Vereine gesandt:

„Kollegen! Aus vorstehendem Bericht ist zu ersehen, daß die süddeutschen Vereine sich unserer gemeinschaftlichen Sache energisch annehmen, wir hoffen, daß auch unsere Kollegen im Norden die gleiche Gesinnung hegen und unser Vorhaben in jeder Beziehung unterstützen. Es sind in den letzten Jahren eine ganze Anzahl Vereine neu gegründet worden, ein Beweis, daß auch die Konditorgehülfen gesondert sind, einig zusammenzufinden und sich gegenseitig zu unterstützen. Wir freuen uns, dies konzentriert zu können und sind der Ansicht, daß nur durch einen Verband unsere Ziele vollständig erreicht werden können. Wie richten deshalb an jedem einzelnen Verein die dringende Bitte, um in dieser Angelegenheit weitere Schritte unternehmen zu können, uns bis zum 15. November Ihren Entschluß oder diesbezügliche Vorläufige Entschließungen zu übermitteln. Wir erhalten und votieren, dann weitere Anträge bereit für die Organisation an alle Vereine gelangen zu lassen.“

Der Anfang war also nicht so übel — bei der späteren Fortsetzung wurde es um so übler. Angewiesen hatten die entzündeten Elemente der Hamburger Kollegen einzufallen müssen, in welche „harmonische“ Beziehung sie im Gewerbeverein getreten waren. Die Stellung deshalb zu dem schon erwähnten Nürnberger Streit, die Laiheit in der Agitation, seine ablehnende Haltung zu einer geplanten Revision an den Reichstag, Beschränkung der Sonntagsarbeit betreffend, beschleunigten den Bruch und

vorgestellte Versplitterungstut in den Reihen der Kollegenschaft. Der eingangs erwähnte Cölnische Verband hatte ja längst das Heiliche gesegnet und auch dem Gewerbereich war ein Zweig nach dem anderen abgesprochen, so daß sein Berliner Stammtisch und kraftlos dahinbegleitet, aber dafür wurden mit um so größerer Liebe die örtlichen Badegesellschaften und Vergnügungsvereine von Seiten der Meisterschaft zu ausgesprochenen "Gelben" herangezählt. Und schließlich machten sich sogar "national-sociale" Bestrebungen in diesen Kreisen breit, und es fand sich wirklich — Konditoren sind in solchen Dingen zu allem fähig! — eine Schar zusammen, welche mit dem Sitz in Halle a. d. S. einen neuen Verband aufmachten. Dessen traurige Strategie besteht bis auf weiteres darin, mit den Badehäusern allein unsere boneinander so ungebührer abhängigen Arbeitsverhältnisse reformieren zu wollen, und seine "positive" Tätigkeit erschöpft sich bisher in droßigem Geschimpfe auf die Sozialdemokratie.

Einige Zahlen über die abgeschlossene Organisationsperiode sind zum Schluß noch notwendig, denn sie zeigen am besten das schwere Ringen und die in finanzieller Beziehung verhältnismäßig so großen Anstrengungen, welche uns aufgelegt waren. Der im letzten Jahre noch einmal auftretende Verlust an (besonders weiblichen) Mitgliedern, ist wieder einigen fehlgeschlagenen Lohnbewegungen anzurechnen.

Mitgliederstand und Vermögen der Hauptklasse.

Jahr	Mitglieder	%
1891	400	—
1892	895	847
1893	303	93
1894	880	144
1895	330	182
1896	380	343
1897	452	1645
1898	440	2969
1899	661	4505
1900	786	6348
1901	814	6992
1902	982	8289
1903	1293	12124
1904	2019	10151
1905	3071	15629
1906	2594	15846

Zugabe der Hauptklasse für Streik und Maßregelung.

1898	M. 477
1903	" 1822
1904	" 10314
1905	" 472
1906	" 515

Summa... M. 18700

Auf die anderen Unterstützungswege entfielen in den Jahren

1892—1898	insgesamt M. 1506,20
1899—1901	" 11162,60
dagegen allein 1902	" 7577,60
1903	" 6819,60
1904	" 7590,01
1905	" 9546,65
1906	" 10751,78

Zusammen... M. 54954,47

Das war die Arbeit der Vergangenheit.

Unser ganzes Streben der Zukunft muß dahin gehen, im gemeinsamen Verbande die bisher geleistete Vorarbeit zu aller Kraft ihres Ziels entgegenzuführen. Nach wie vor werden die geschilderten Verhältnisse unseres Beweis erheischen, daß in erster Linie die direkten Angehörigen des Gesellschaften die spezielle Organisationsarbeit verrichten müssen. Aber alle, die am Werk bisher mit hauften und die noch zur Mitarbeit mitkommen wollen, haben jetzt ein erweitertes Feld vor sich. Wir haben nicht die Verschmelzung vorgenommen, um als kleine Truppe neben den Bädern herumzuschlittern und womöglich mit einem oder zwei Gemeinschaften überschreitenden Eifer auf die sogenannten speziellen Berufssinteressen zu starren, sondern in einer Organisation soll sofort ein geschlossenes Ganzes sein, in dem in erster Linie das Interesse aller gleichartigen Verbandskollegen zu wahren ist. Es ist eine berliche Furcht, welche bei einigen schon vor der Verschmelzung auftrat, daß eine Kampfesorganisation alle Berufssinteressen — gewiß gibt es solche! — nicht achten oder gar vernachlässigen könnte. In der gesuchten Weiterentwicklung jeder einzelnen Partei liegt ja das Wohl des Ganzen!

Auch sollen wir nicht Mittläufert, sondern Mitstreiter sein! Auf erstere werden die Bäder gern rechnen können; kommen wir als letztere, so wird sich es allein richtige Verhältnisse zwischen Kämpfern und Feinden herausbilden! Niemand soll glauben, daß die Verschmelzung irgend welchen Zweck gehabt hätte, wenn keine Mitglieder glauben, die Bäder werden nun keinen Karren allein aus dem immer noch so großen Eltern und Morale unserer Arbeitsverhältnisse herausziehen.

Wenn sich dagegen jeder mit ganzen Herzen der großen Aufgabe widmet, so werden die organisatorischen Erfolge sicher ganz andere werden als vorher. Diejenigen Personen, die, weil sie Konditoren, im Bäderkollegen seien können, könnten uns schon immer in unserer Organisation gehörenden bleiben — diese Herren werden erfahrungsgemäß erst, wenn ihre Nöte faden geworden sind. In den Bäderen selbst und aber vor allem die Agitation von Mund zu Mund muß sicher anders einseinen und auch wirken, als in der Vergangenheit. Und die richtigen Scharen unserer Überleden- und Zuckerwarenarbeiter und Arbeitnehmer? Sie wissen, daß auch jetzt schon wieder der Organisationsgrundsatz Sympathie gehörte. Was ihren Menschen oft — jede Bewegung lehrte es! — noch aufzeigt, war ihre Sorge, daß unser kleiner Verband die in Bäderen stehenden "Kleideranten" nicht mehr in einer Bewegung dadurch unheilsvolle enden werde. Ein großer Verband wird sicher ihr Vertrauen stärken, dürfen also mit freudiger Hoffnung in die Zukunft

blicken! Es gilt einerseits der Kampf gegen die rücksichtigen Innungshelden! Es gilt anderseits den Kampf gegen eine mächtige Kapitalistenfamilie! Es gilt, Arbeit zu mildern! Lassen wir mit dem heutigen Tage das Vergangene begraben sein; beginnen wir einen neuen Abschnitt mit der Zuversicht, daß, wenn wir unsere Pflicht tun, der Sieg unser ist!

Und lassen wir uns in dieser Zuversicht stets zu neuer Arbeit durch den Gedanken anfeuern, daß wir mitwirken an der Befreiung des Proletariats aus den Fesseln des Kapitalismus.

Vorwärts an die Arbeit für den neuen Verband!
F. Weidler.

Aus der Konditorei-, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie.

Achtung! Der Streik in der "Bayrischen Zuckerwarenfabrik" in Pasing-München ist abgebrochen worden. Alle Bonbonköcher werden vor Abschluß eines eventuellen Engagements mit dieser Firma in ihrem eigenen Interesse dringend ersucht, vorher bei unserer Lokalverwaltung, Verbandsbüro, München, Mumfordstr. 32a, 1. Et., Erkundigungen einzuziehen. Ein ausführlicher Bericht des Streiks folgt.

An die Verwaltungen des früheren Konditorenverbandes.

Nachdem die Verschmelzung mit dem Bäderverbande nunmehr vollzogen ist, ersuche ich die Verwaltungen nochmals dringend, baldmöglichst die Schlafabrechnungen und die noch vorhandenen Markenbestände an meine Adresse einzufinden.

Die Heberegister sind gleichfalls so bald als möglich einzufinden, aber an die Adresse des jetzigen Hauptvorstandes: O. Altmann, Hamburg 1, Beyerbinderhof 57. Dahn sind von jetzt an auch alle Unterstützungsanmeldungen zu richten. Der Umtausch der gelben Mitgliedskarten gegen Mitgliedsbücher (bei solchen, die jetzt ein Jahr im Verband sind) erfolgt durch die Lokalverwaltungen; es sind stets nur neue Mitgliedsbücher vom gemeinsamen Verband auszugeben! Solche Mitglieder, welche noch immer an den jetzigen Hauptvorstand ihre Beiträge direkt schicken, tauschen ihre Karten bei der neuen Hauptverwaltung ein. Mit kollegalem Gruss
Carl Voelk, Hamburg 4, Seilerstr. 32, 4. Etg.

Ausreise Lohnbewegungen.

Brotkott in Berlin. Wenn verschiedene der Herren Innungsmänner und Milchhändler geglaubt haben, mit Aufhebung des Streiks werde der alte Schlendrian wieder einreizen, so haben sich die Leute arg verrechnet. Es kann gejagt werden, die Durchführung des Brotkotts ist müstermäßig.

Seit Veröffentlichung der Liste derjenigen Milch- und Gemüsehändler, die nachweislich Ware aus "unwilligen" Bäderen beziehen, hat das Verbandsbüro der Bäder einen derartig starken geschäftlichen Verkehr gehabt, wie kaum in den ersten Tagen des Streiks.

Viele kamen, von dem einen Wunsch besetzt, so schnell wie möglich wieder in den Besitz der roten Karte und aus der "Vorwärts"-liste herauszufinden. Von den Bädermeistern, die sich bisher fröhlich geweigert haben, die Forderungen der Gesellen durch Unterschrift anzuerkennen, kommen viele schon zur Erkenntnis, daß sie ohne Kunden keine Geschäfte machen können und daß die erachtete Hilfe vom berühmten Arbeitgeberverband ausbleibt. Einer der Herren hat ja das Entgegenkommen des Schuhverbandes in ganz besonderem Maße verspürt. Er erhält A 21 Unterstützung und bewies man ihm an die Armentkommission. Der Herr hat es vorgezogen, seine Bude zu schließen.

Wie Herr Stuhlmann in Kirdorf, so hatte der Obermeister Liebing von der Bäderinnung in Reinickendorf von den der Innung angehörigen Meistern einen Revers unterzeichnet lassen, durch den sich diese verpflichteten, bei einer Konventionalstrafe von A 30 für jeden Fall der Zwiderhandlung, ihren Nachbarn keinen unlauteren Wettbewerb zu machen und neue Kunden nicht anzunehmen.

Der Wortlaut des Schriftstückes ist derjelbe wie der Stuhlmannsche. Am 29. Juni stand in einer Klage vor dem Amtsgericht in Berlin-Wedding Termin an, die Klage auf Grund dieses Scheines gegen den Bädermeister Stuhlmann zu Reinickendorf erhoben hatte. Rechtsanwalt Roth machte als Vertreter des Beklagten gestand, Kläger habe nicht den Nachweis erbracht, daß er selbst materiellen Schaden durch die Handlungsweise des Beklagten erlitten habe. Er sei demnach nicht berechtigt, für seine Person zu klagen. Es müsse angenommen werden, daß der Kläger im Auftrage der Innung, deren Obermeister er sei, handele. Es habe aber nach § 100 g der Gewerbeordnung die Innung nicht das Recht, ihren Mitgliedern einen Zwang in bezug auf Festsetzung der Preise ihrer Waren oder Leistungen oder in der Annahme neuer Kunden aufzuerlegen.

Der richtige Revers sei überdies ein Verstoß gegen § 152 der Gewerbeordnung; denn er begreift, die Bädermeister durch die Konventionalstrafe zu zwingen, einer Verabredung zur Nichtbilligung der Forderungen der Bädergesellen beizutreten. Da es jedoch nach § 152 Abs. 2 jedem, ob Arbeitnehmer oder Arbeitgeber, gestattet ist, von derartigen Verabredungen zurückzutreten, so verstößt die Verbilligung gegen ein ausdrückliches gesetzliches Verbot. Überdies verlege sie die guten Sitten. Aus allen diesen Gründen sei die Klage abzuweisen. Es wurde Termin zur Verkündigung des Urteils auf den 5. Juli festgesetzt.

In Hannover protestieren die Bädermeister durch folgendes Zusätzl. in der bürgerlichen Presse:

Es wird seit einiger Zeit von dem hiesigen Leiter der Ortsgruppe des Bäderverbandes verlangt, im Publikum den

Glauben zu erwecken, als sei im Bädergewerbe eine Lohnstreitfrage ausgebrochen. Tatsächlich liegen die Dinge folgendermaßen: Im Monat April reichte obiger Leiter, der nicht mehr Bäder ist, bei dem Innungsvorstande eine Lohnforderung ein, die derartig war, daß sie auch nicht annähernd erfüllt werden konnte. Die Hauptforderung war, Kost und Logis aus dem Hause. Auch die Gesellschaft Hannovers betrachtet obigen Leiter nicht als ihren Vertreter, deshalb lehnte die Innung es ab, mit demselben zu verhandeln. Nach Anhörung des Gesellenausschusses, der eine Forderung nicht stellte, wurde eine sofortige Lohnerhöhung von 10 ppd. bewilligt. Nachdem schon längst alles erledigt war, sandte Herr Weber den Meistern je ein Schriftstück zum Unterzeichnen, welches letztere ablehnten, da mit genanntem Herrn nicht verhandelt war. Jetzt versucht genannter Herr die Unterschrift zu erzwingen, indem er im "Volksblatt" und durch Flugblätter einige Firmen, die zum Teil nicht unterschrieben haben, dem Publikum empfiehlt, wodurch andere vorholiert werden sollen. Da nun im Publikum vielfach der irrite Glaube entstanden ist, daß nur die bewilligt hätten, welche vom obigen Leiter empfohlen werden, so sehen sich die unterzeichneten Bädermeister der Nordstadt veranlaßt, bekannt zu geben, daß sie nicht nur den Mindestlohn, sondern zum Teil schon höhere Löhne, als selbst vom Verbande verlangt werden, bezahlen.

Diese Protestanten vergessen ganz, daß sie einer drohenden Lohnbewegung nur mit dem eigenen Beschlüsse einer zehnprozentigen Lohnhöhung vorgebeugt haben. Nur haben aber wir und mit uns das sozialdemokratische Publikum ein Interesse daran, daß diese Fazage überall durchgeführt wird. Dafür wünschen wir Garantien, die zu geben die Protestanten sich weigern, weswegen die Ehrlichkeit ihrer Absicht einstimmen um so mehr bestweist werden muß, als eine ganze Anzahl Bädermeister die zehnprozentige Lohnhöhung nicht zahlt, ohne daß die Innung dagegen einschreitet. Es genügt uns einfach nicht, daß Bädermeister, die A 6 und 7 Wochenlöhne zahlen, wie massenhaft der Fall ist, diesen um 60 oder 70 % erhöhen". Deshalb ist die Forderung eines Mindestlohnes von A 9 bei 84 1/2 Stundenarbeitszeit gestellt. Das ist denn doch wirklich das äußerste, was man verlangen muß. Wo in alter Welt existierten denn sonst noch derartige traurige Verhältnisse? Und welche Ungeheuerlichkeit der Zustände und welche soziale Rücksicht in den Anschauungen dieser Bädermeister, daß man noch einen so erbitterten Kampf zu führen genötigt ist für A 9 Mindestlohn bei 84 1/2 Stundenarbeitszeit?

Daß nicht Weber, sondern eine Versammlung von 400 Bädergezählten die Forderungen aufstellt, wissen die Herren genau, es paßt ihnen nur aber mal in den Kram, die ganze Angelegenheit als von Weber ausgehend zu schreiben. Aber es wird ihnen nichts nützen. Wir werden den Kampf unter allen Umständen bis zum Siege durchzuführen und die Arbeiter, insbesondere die Arbeiterfrauen, werden uns in diesem schweren Krieg unterstützen. Von Seiten der Innung wird jetzt alles aufgeboten, um in den Reihen der Gesellen eine Streitbrechertruppe zu züchten. Auf Kosten der Innung Hannover wird für alle Bäderen, vorläufig auf ein halbes Jahr, die Fazzeitung der gelben Streitbrecher-Gesellschaft gehalten. Die Innung, welche ein Institut sein soll, welches den Frieden zwischen Meister und Gesellen fördert, verhindert also ihr Geld auf das Abonnement eines Sudelblättchens, welches lediglich den Zweck hat, Uneinigkeit unter die Gesellen zu bringen. In einer Volksversammlung, welche eine imposante Kundgebung für die Bädergesellen war, der aber eigentümlicherweise die Herren Schaffner fern geblieben waren, wurde selbst von einem Bädermeister ausgesprochen, daß man ihnen, falls sie bezahlen würden, seitens des Arbeit-Erwerbsvereins die Matzen entziehen würde. Erst jetzt zu, dann entzieht man hieran, welchen Zwecken derartige Vereine dienen. Also auch hier werden die Konsumenten mit der Rache darauf gehofft, daß sie sich genossenschaftlich organisieren müssen, um durch Konsumvereine und deren Eigenproduktion sich unabhängig von all dieser sonderbaren Mittelstandsschere à la Ruhn zu machen. Werden die Besitzer des Bäderzugs sich nicht bald eines Besseren besinnen, dann können sie sich mit bei ihrem Vorstand bedanken, falls die organisierte Arbeiterschaft aus diesem Verhalten die Lehre zieht und als Antwort sich selbst ihren Bedarf an Bäderwaren in einer großen, mit allen modernen Hilfsmitteln ausgestatteten Genossenschaftsbäderei herstellen läßt.

Aus Geesthacht. In mehreren Versammlungen beschäftigten sich die Kollegen mit der Frage, ob man den Arbeitgebern Forderungen unterbreite. Einmündig wurde beschlossen, folgende Forderungen einzureichen: 1. Kost und Logis wird den Gesellen vom Arbeitgeber nicht mehr gewährt. 2. Das Minimallohn beträgt A 25 pro Woche. Bisher schon gezahlte höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden. 3. Überstunden werden mit 60 g pro Stunde bezahlt. 4. Die Arbeitszeit ist eine zwölfinstündige inkl. zwei Stunden Spätaufen. 5. Jeden Gesellen ist in der Woche ein freier Tag zu gewähren (36 stündige Ruhepause). 6. Ausfallarbeiten bis zur Dauer einer Woche werden pro Tag mit A 5 bezahlt. Bei längerer Dauer gilt der übliche Wochenlohn. 7. Der Tarif ist auf die Dauer von zwei Jahren vor dem Gewerbeamt abzuschließen.

Die stattgefundenen Verhandlungen führten zu folgendem Tarifvertrag, abgeschlossen zwischen den Bädermeistern in Geesthacht und der Zahlstelle des Verbandes der Bäder und Berufsgenossen Deutschlands.

1. Kost und Logis wird den Gesellen vom Arbeitgeber nicht mehr gewährt. Ausnahmen sind nur auf ausdrücklichen Wunsch der Gesellen zulässig.

2. Der Minimallohn beträgt pro Woche A. 25 für Weißbäder, A. 25 für Großbäder, für ältere Gesellen entsprechend mehr. Bisher schon gezahlte höhere Löhne dürfen nicht gekürzt werden.

3. Überstunden werden mit 50 g pro Stunde bezahlt.

4. Die Arbeitszeit ist eine zwölfinstündige inklusive zwei Stunden Spätaufen.

5. Jeden Gesellen ist in der Woche ein freier Abend, und zwar bis mindestens 12 Uhr Nacht zu gewähren.

6. Ausfallarbeiten bis zur Dauer von einer Woche wird pro Tag mit A. 5 bezahlt. Bei längerer Dauer gilt der übliche Wochenlohn.

7. Der Tarif ist auf die Dauer von drei Jahren vor dem Gewerbege richt abzuschließen, und zwar bis 1. Juni 1910.

Der Tarif bezieht unter der Maßgabe, daß vom 1. Juni des Jahres 1909 an die Minimallohn um je M 1 pro Woche erhöht werden. In dieser Tarif zwei Monate vor Ablauf der Frist nicht gefündigt, so besteht er auf ein weiteres Jahr.

Der Bestimmung des Tarifs, denselben vor dem Gewerbege richt abzuschließen, konnte nicht nachkommen werden, da das Berge portier Gewerbege richt sich nicht für zulässig erklärt.

Doch dürfte bei dem Stande der Organisation dieses nicht als schwierig in Betracht kommen.

Wenn auch nicht alles erreicht ist, was gefordert wurde, so sind wir doch durch den Vertrag ein wesentliches Stück vorwärts gekommen.

In Deggendorf ist seit einem Jahr der Verband vertreten, aber immer wollte kein richtiger Zug in die Gesellen hinein. Mit elementarer Gewalt setzte aber vor einigen Wochen die Ernährung ein und in geschlossenen Reihen traten die noch fernstehenden Kollegen, alt und jung, dem Verband bei, so daß von zu 40 beschäftigten Gehülfen 30 bereits dem Verband angehören. Nach zwei Versammlungen wurde man sich auch einig, an die Meijer mit der Forderung: *Verantragung des Koßgeldes* heranzutreten. Am 26. Juni wurde ein diesbezügliches Schreiben an die Juraung eingereicht mit dem Schluß, uns bis 3. Juli Antwort zusammen zu lassen. Bis 30. Juni, wo eine Versammlung stattfand, war eine solche noch nicht eingetroffen, aber persönlich erhielt Gähnner den Bescheid, daß Verhandlungen am 3. Juli stattfinden werden.

Ausland.

Der allgemeine Bäckerstreik in Italien.
Ganz unvermieden ist der Generalstreik der Bäcker in ganz Italien proklamiert worden, nicht als eine Aktion gegen das Unternehmertum, sondern gegen den Bureaucratismus und die Verschleppungstatik der Regierung. Der heilsame Schreck hat auch gleich Wunder gewirkt, so dass das Ministerium erklärt, nichts gegen die sofortige Diskussion des Projekts über das Verbot der Nacharbeit im Bäckereigewerbe einzubinden zu haben. So werden die organisierten Bäckergesellen durch einen 48 Stunden durchgeföhrten Streik erzielen, dass der Entwurf der sozialistischen Fraktion gleich nach dem Vorlegen des Kommissionsberichtes, also voraussichtlich noch vor den Ferien, zur Diskussion und auch zur Annahme gelangt.

Die Organisation hat diesen Generalstreik proklamiert, ohne vorherige Warnungen an Unternehmertum und Regierung zu erlassen. Es sollte vor allem eine Machtprobe und eine Drohung sein, die um so stärker wirkte, je unerwarteter sie kam. Der Erfolg ist denn auch in hohem Masse zufriedenstellend. Alle Städte mit Ausnahme derjenigen, wo die Nacharbeit überhaupt nicht besteht, haben die Aufruf der Gewerkschaft mit sofortiger Niederelegung der Arbeit beantwortet; nur in Neapel und Venedig blieb der Streik unvollkommen. Gieber militärischen Verlauf der Streiks wird berichtet aus Turin, Mailand, Genua, Bologna, Livorno, Florenz, Brescia, Pisa, Como, Monza, Cremona, Ravenna, Ancona, Terni u. a. m. Auch in Rom war die Niederlegung der Arbeit allgemein. Wenn trotzdem nur in wenigen Orten — so in Genua und Pisa — das Brot ganz gefehlt hat, so liegt das daran, dass man am Abend der Erklärung des Streiks gleich Militär in die Bäckereien geschickt hat. Auch haben die Unternehmer und die anstrager Tag und Nacht mitgebacken und man hat sich auf die Herstellung grossläufiger Brots beschränkt und weder Semmeln noch sonst faines Brot gebacken. Auf die Dauer würde die schlechte Qualität des „militarisierten“ Gebäcks diesen Zustand unmöglich machen, aber der Streik ist von Anfang an nur auf 48 Stunden geplant worden und außerdem hat die Gewerkschaft von der Regierung das erzwungen, was sie wollte: ein beschleunigtes Tempo für die Eredigung des Gesetzentwurfs, der der Kammer vorliegt.

Mit diesem Entwurf hat es folgende Bewandtnis: Im Frühjahr vorigen Jahres hat das Reichsarbeitsamt, gedrängt durch die Agitation unter den Bäckergesellern, eine Enquête über die Nacharbeit in diesem Gewerbe veranstaltet. Die hauptsächlichen Ergebnisse waren: Die Feststellung gelender hygienischer Arbeitsbedingungen, die Konstaterung, dass die Arbeiter ohne Ausnahme, die Unternehmer zum nicht geringen Teil die Abschaffung der Nacharbeit wünschen, dass diese Abschaffung je nach der Öffentlichkeit die wirtschaftlichen Interessen der Unternehmer in verschiedener Weise schädigen würde, welche Schädigung jedoch eine allgemeine gesetzliche Zwangsmassnahme gegen die Nacharbeit auf ein ganz geringes Mass zurückführen würde, ferner dass keinerlei technische Verhältnisse gegen die Abschaffung sprachen und die durch sie bedingten Verschiebungen in den Gewohnheiten der Konsumenten nur unwesentlich sein würden. Auf Grund dieser Ergebnisse forderte das Arbeitsamt, die Regierung auf einen Gesetzentwurf einzutragen, der im Bäckereigewerbe die Arbeit von 9 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens untersagt. Da die Regierung kein Lebensortheim von sich gab, brachte die sozialistische Fraktion einen Entwurf ein, der das Verbot auf die Stunden von 7 Uhr Abends bis 4 Uhr Morgens im Sommer und 5 Uhr im Winter ausdehnte. Dieser Entwurf wurde am 14. Mai d. J. einer Kommission übertragen. In dieser Kommission hatte nun der Minister für Ackerbau Handel und Industrie kurzlich verkündet, dass die Frage, um für die Gesetzgebung auf zu werden, einer Studien kommission übertragen werden sollte. Die Regierung wollte die Sache auf die lange Bank schieben; ihr soziales Studienkomitee hat ja erkannt, dass den objektiven Erfolg jede Massnahme zu verzögern und zu verschleppen. Angesichts dieser Drohung wurde der Streik proklamiert und so auf die Frage der auf einmal aufgeworfenen und die Kammer erfordert über sie zu entscheiden. Nach der die organisierten Bäckergesellen diesmal der

Regierung und der Kammer Beine gemacht haben, bereiten sie sich darauf vor, etwaigen Verschleppungsversuchen des Senats im Herbst nach demselben Muster abzuhalten.

Briefkasten der Redaktion.

Redaktionsschluss ist von jetzt ab Dienstag. Nur sehr wichtige Notizen können eventuell am Mittwoch noch Aufnahme finden.

Durch die stattgefundenen Verschmelzung des Konditoren- mit dem Bäckerverband ist unserer Zeitung ein größerer Wirkungskreis zugewiesen. Da aber aus technischen Gründen das Fachblatt nicht stärker erscheinen kann, und dessen Umfang auch vollständig der Stärke unseres Verbandes entspricht, ersuchen wir unsere Mitarbeiter in Kollegenkreisen, beim Schreiben von Artikeln und Notizen sich der möglichsten Kürze zu befreien, falls nicht unsererseits ein Streichkonzert arrangiert werden soll. Insbesondere gilt obiges für die Schriftführer unserer Mitgliedschaften. Nur was für die Gesamtorganisation von Wichtigkeit, darf in den Versammlungsberichten enthalten sein. Man breche endlich mit der Ansicht, als sei jede Mitgliedschaft für sich der Verband. Die Wiedergabe von Referaten unterlässe man gänzlich, da dieselben selten hinreichend wiedergegeben werden. Also nochmals: „In der Kürze liegt die Würze!“

Verbandsnachrichten.

Erkundmachung des Verbandsvorstandes.

Der Mitgliedschaft Elbersfeld ist die Genehmigung zur Erhebung eines Ertragsbeitrages von pro Mitglied und Woche 10,- geerte.

Der Verbandsvorstand. O. Ullmann, Vorsitzender.

Quittung.

Vom 24. bis 30. Juni gingen bei der Hauptkasse des Verbandes folgende Beiträge ein:

für Monat Juni: Mitgliedschaft Berlin M. 4870,20.
für Mai: Elberfeld M. 9,60, Chemniz 219,50, Rostock 37,80, Dresden 440,70.

für April und Mai: Marburg M. 21,60, Eisenach 26,40.

Von Einzelzahlern der Hauptkasse: A. G. Oppenheim M. 4, A. B. Böhnef 2, A. C. Borgholzhausen 8.

für Abonnement und Annoncen: A. B. Goldsmauer M. 2, H. B. Chemniz 18, P. B. Chemniz 3,90.

Der Hauptkassierer. Dr. Friedmann.

Verband der Konditoren.

Vom 17. Juni bis 3. Juli sind folgende Beiträge eingegangen:
Herford M. 95,90, Bielefeld 457,68, Magdeburg 16,80, Glauchau 2,10, Braunschweig 5, Biala 20, Danzig 23,20, Augsburg 24,10, Biberach 15,40, Leipzig 49,20, Delitzsch 3,60, Berlin 396,33, Stralsund 53,28, Köln 76,08, Hamburg (2) 10,00, Borsigkum 23,50, Abonnement 3, Bonn-Stuttgart 1,50.

C. Voelk.

• Anzeigen. •

Allen Münchener Bäckergehülfen empfiehlt sich zur Anfertigung von Hettengarderoben aller Art in jeder Breitlage — für eleganten Schnitt und Siz weitgehendste Garantie — Georg Preuß, Wallstraße 21, 1. Et., Kfzgb.

Junge, intelligente Arbeiter erlernen kostenfrei die Ar. Anfertigung eines Systems, welches bei freiem Wettbewerb im jüngst. Reichstage die Gebeißbergerianer zum großen Teil von den bisher üblichen Plägen verdrängt. Dieser Erfolg bestätigt die Güte des Systems, basierend auf der leichten Erlernbarkeit, leichten Ausführbarkeit und leichten Wiederlesbarkeit. Alegander von Humboldt, der größte Naturforscher des 19. Jahrhunderts, brachte sich in einem Briefe an Arends dahingehend aus: „Er habe, bas auf das Arend'sche System gegenüber den Systemen von Gebeißberger und Stolze besser durchdacht.“ „Unter Berücksichtigung des üblichen Fotos richte man seine Abreise auf 2 oder 3 Tage, Frankfurt a. M., Grabengasse 25. (Bitte anfragen, anfragen oder weitergeben.)

Schlafes Städtebuch.

Reiseführer d. Reichs- und ang. Länder mit Eisenb.- u. Postkarte, 356 Seiten, geb. M. 1,20. Zu allen Buchhandlungen zu haben. Ed. erg. Auflage 6. M. 1,40 bei G. Stolze, Bielefeld.

Bremen. Sonntag, 14. Juli, Borsig 10 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Parlamentstr. 5.

Berlin. Sonntag, 11. Juli, im Gaithaus „Zur Krone“

Bergedorf. Sonntag, 14. Juli, Nachm. 4 Uhr, im „Deutschen Park“. Sonntag, 4.

Bielefeld. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 4 Uhr, in der „Centralhalle“, Alter Bismarckplatz.

Bremen. Sonntag, 14. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Heinz, Ludwig, Rosenstr. 84.

Brandenburg. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Wollendeckerstr. 8.

Braunschweig. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 8 Uhr, in Siegers Bierpalast, Großenstraße.

Bremenhaven. Sonntag, 21. Juli, Nachmittags 8 Uhr bei Schülter, Deich 26.

Cassel. Donnerstag, 11. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Niemann Schneider, Schäfergasse 14.

Chemnitz. Sonntag, 14. Juli, Nachm. 4 Uhr, in „Stadt Meißen“, Hochstraße.

Darmstadt. Dienstag, 16. Juli, Nachm. 4 Uhr, in Böttingers Brauerei, Am Ludwigsplatz.

Düsseldorf. Sonntag, 7. Juli, Borsig 11 Uhr, bei Jean Piol, Breitestr. 16.

Eisenberg (S. A.). Sonntag, 7. Juli, Nachm. 2 Uhr, im Restaurant „Gambrinus“, Adelheidstraße.

Elberfeld. Sonnabend, 20. Juli, Abends 8 Uhr, im Volkshaus.

Elmshorn. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 4 Uhr, bei Maher, Flammweg 26.

Erfurt. a. d. Muhr. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 8 Uhr, bei v. d. Boo, Schulenbach.

Fürth i. B. Dienstag, 9. Juli, Nachm. 8 Uhr, im „König von Preußen“, Futterstr. 9.

Gorlitz i. d. L. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 8 Uhr, bei Herrn Mielke, Bahnhofstraße.

Frankfurt a. d. O. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 8 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Oderstr. 61.

Freiburg i. Br. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 8 Uhr, Restaurant „Geige“, Löwenstraße 2.

Gürth i. B. Donnerstag, 11. Juli, Nachm. 5 Uhr, bei Simader, Gartenstr. 1.

Geesthacht. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 8 Uhr, bei F. Böhn.

Gera, (R. i. L.) Mittwoch, 10. Juli, Nachm. 8 Uhr, bei C. Höfer, Waldstraße.

Gotha. Donnerstag, 11. Juli, Nachm. 8 Uhr, im Volkshaus.

Görlitz. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 2 Uhr, im „Goldenen Kreuz“, Langenstr. 43.

Halberstadt. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Gerberstr. 15.

Halle a. d. Saale. Sonntag, 21. Juli, Nachm. 8 Uhr, im „Weißen Ross“, Geiststr. 5.

Heidelberg. (Oeffentl.) Donnerstag, 11. Juli, Nachmittags 8 Uhr, im „Goldenen Löwen“, Hauptstr. 41. (Ref. Laufel.)

Hildesheim. Mittwoch, 17. Juli, Abends 7 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Goethestr. 23.

Homburg v. d. H. Mittwoch, 10. Juli, Nachm. 1½ Uhr, bei Kappus, „Zur neuen Brücke“.

Jena. Dienstag, 9. Juli, Nachm. 5 Uhr, im Vereinshaus „Solidarität“.

Karlsruhe. Donnerstag, 11. Juli, im Restaurant Möhrlein, Kaiserstr. 18.

Konstanz. Donnerstag, 11. Juli, in der „Walhalla“, Vogelmannstraße.

Kiel. Sonntag, 7. Juli, Nachm. 4 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Fährstraße.

Königsberg i. Pr. Mittwoch, 17. Juli, Nachm. 3 Uhr, im „Felsenkugel“, Königsstr. 4.

Landskron. Mittwoch, 10. Juli, im „Hofbräu“, Neustadt 44.

Lörrach i. B. Donnerstag, 18. Juli, Nachmittags 8½ Uhr, im „Meierhof“, Baslerstraße.

Ludwigshafen. Donnerstag, 18. Juli, Nachmittags 8 Uhr, bei Liebler, Weidestr. 33.

Luckenwalde. Donnerstag, 18. Juli, Nachmittags 8 Uhr, im „Jägerhof“, Anhaltischen-Ecke.

Lübeck. Sonntag, 7. Juli, Nachmittags 8 Uhr, im Vereinshaus, Johannisstr. 50/53.

Magdeburg. (Gemeinschaftliche Versammlung.) Sonntag, 7. Juli, im „Sachsenhof“, Große Storchstr. 7.

Mehlitz. Donnerstag, 11. Juli, bei Uhlemann, Karlstr. 4.

Meißen. Sonntag, 7. Juli, Nachmittags 8 Uhr, im „Gaihaus Zum Deutschen Kaiser“ (Beklehrlokal).

Neumünster. Sonntag, 14. Juli, Nachmittags 4 Uhr, bei Burg, Blömerstr. 7.

Neunkirchen. Sonntag, 21. Juli, im Gaihaus „Zur Pfalz“, Wellenstr. 38.

Oldenburg i. Gr. Sonntag, 21. Juli, bei L. Schuhmacher, Kurwickstr. 28.

Pirmasens. Donnerstag, 18. Juli, „Zur Traube“, Schlossstraße.

Plauen i. B. Sonntag, 7. Juli, Nachmittags 2 Uhr, im „Schillergarten“.

Rimbeck. Sonnabend, 13. Juli, Abends 7½ Uhr, bei W. Ebelt, Bismarckstr. 43.

Rosenheim. Dienstag, 9. Juli, im „Frühlingsgarten“.

Rostock. Donnerstag, 18. Juli, Nachmittags 6½ Uhr, im Gewerkschaftshaus, Bismarckberg 10.

Rudolstadt. (Bezirkerversammlung.) Sonntag, 7. Juli, Nachmittags 2 Uhr, im „Gambrinus“.

Schwerin. Sonntag, den 7. Juli, Nachmittags 2 Uhr, da G. Lindenburger, Apothekerstr. 5.

Schönebeck a. d. El. Donnerstag, den 11